

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 163. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 10. März 2005

#### Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten <b>Albrecht Feibel</b> und <b>Horst Schmidbauer</b> (Nürnberg) .....	15183 A		
Erweiterung der Tagesordnung .....	15183 A		
Nachträgliche Ausschussüberweisungen ....	15183 D		
<b>Tagesordnungspunkt 2:</b>			
a) Antrag der Abgeordneten Christel Humme, Sabine Bätzing, Ute Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Irmgard Schewe-Gerigk, Volker Beck (Köln), Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: <b>Auf dem Weg in ein geschlechtergerechtes Deutschland – Gleichstellung geht alle an</b> (Drucksache 15/5029) .....	15184 B		
b) Antrag der Abgeordneten Ute Berg, Jörg Tauss, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ursula Sowa, Irmgard Schewe-Gerigk, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: <b>Frauen in Wissenschaft und Forschung stärken – Chancengleichheit auch als Wettbewerbsfaktor erhöhen</b> (Drucksache 15/5030) .....	15184 C		
c) Antrag der Abgeordneten Dagmar Schmidt (Meschede), Karin Kortmann, Sabine Bätzing, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Thilo Hoppe, Volker Beck (Köln), Irmgard Schewe-Gerigk, weite-			
rer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: <b>Geschlechtergerechtigkeit bleibt zentrale Voraussetzung für Entwicklung – Zehn Jahre nach der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking</b> (Drucksache 15/5031) .....	15184 C		
d) Unterrichtung durch die Bundesregierung: <b>Berichte für die Europäische Kommission zur Umsetzung des Europäischen Sozialfonds in der Bundesrepublik Deutschland – Zeiträume 1994 bis 1999 (Aktualisierung) und 2000 bis 2006 – hier: Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt</b> (Drucksache 15/2049) .....	15184 D		
e) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Annette Widmann-Mauz, Irmgard Karwatzki, Dr. Maria Böhmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: <b>Tatsächliche Gleichberechtigung durchsetzen – Zehn Jahre Novellierung des Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes</b> (Drucksachen 15/4146, 15/5052) .....	15185 A		
			in Verbindung mit
			<b>Zusatztagesordnungspunkt 2:</b>
			Antrag der Abgeordneten Rita Pawelski, Maria Eichhorn, Dr. Maria Böhmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/

**CSU: Gleichberechtigtes Leben für Frauen und Mädchen aus Migrantenfamilien in Deutschland**  
(Drucksache 15/5017) ..... 15185 A

in Verbindung mit

### Zusatztagesordnungspunkt 3:

Antrag der Abgeordneten Ina Lenke, Sibylle Laurischk, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Frauenpolitik – Gesellschaftlicher Erfolgsfaktor**  
(Drucksache 15/5032) ..... 15185 B

Christel Humme (SPD) ..... 15185 C

Hannelore Roedel (CDU/CSU) ..... 15187 B

Irmingard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 15189 A

Ina Lenke (FDP) ..... 15190 D

Renate Gradistanac (SPD) ..... 15192 C

Rita Pawelski (CDU/CSU) ..... 15193 C

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 15195 B

Rita Pawelski (CDU/CSU) ..... 15196 A

Ursula Sowa (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 15196 C

Dr. Conny Mayer (Freiburg) (CDU/CSU) ... 15197 B

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos) ..... 15198 C

Ute Berg (SPD) ..... 15199 C

Dr. Andreas Scheuer (CDU/CSU) ..... 15199 D

Markus Grübel (CDU/CSU) ..... 15201 A

Irmingard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 15202 C

Dagmar Schmidt (Meschede) (SPD) ..... 15203 A

Irmingard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 15204 D

Markus Grübel (CDU/CSU) ..... 15205 A

### Tagesordnungspunkt 3:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit zu dem Antrag der Abgeordneten Ronald Pofalla, Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Pakt für Deutschland**  
(Drucksachen 15/4831, 15/4986) ..... 15205 C

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Wider die Vertrauenskrise – Für eine konsistente und konstante Wirtschaftspolitik**  
(Drucksachen 15/1589, 15/4985) ..... 15205 D

in Verbindung mit

### Zusatztagesordnungspunkt 4:

Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Fuchs, Dagmar Wöhrl, Karl-Josef Laumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Kein weiterer Arbeitsplatzabbau – Antidiskriminierungsgesetz zurückziehen**  
(Drucksache 15/5019) ..... 15205 D

Dr. Angela Merkel (CDU/CSU) ..... 15206 A

Franz Müntefering (SPD) ..... 15210 B

Dr. Guido Westerwelle (FDP) ..... 15214 A

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 15215 D

Michael Glos (CDU/CSU) ..... 15217 D

Dr. Ditmar Staffelt, Parl. Staatssekretär  
BMWA ..... 15220 B

Ronald Pofalla (CDU/CSU) ..... 15222 A

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 15223 C

Petra Pau (fraktionslos) ..... 15224 C

Ludwig Stiegler (SPD) ..... 15225 C

### Tagesordnungspunkt 22:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Dritten Gesetzes zur Änderung des Sprengstoffgesetzes und anderer Vorschriften (3. SprengÄndG)**  
(Drucksache 15/5002) ..... 15228 A

b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 betreffend den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (Prospektrichtlinie-Umsetzungsgesetz)**  
(Drucksache 15/4999) ..... 15228 A

**Irmgard Schewe-Gerigk**

- (A) Erheben einer Anfechtungsklage zu erleichtern? Es ist ja richtig, dass manche Väter gerne Gewissheit haben möchten. Aber hierfür gibt es Mittel und Wege; wir werden morgen im Rahmen einer Debatte darüber sprechen. Es gibt einen FDP-Antrag, die Verfahren der Vaterschaftstests zu vereinfachen. Sind Sie nicht mit uns der Ansicht, dass es verboten sein muss, heimliche Tests machen zu lassen?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Ina Lenke [FDP]: Ich denke, wir machen keine Frauenpolitik, Frau Schewe-Gerigk! Was soll denn das? – Manfred Grund [CDU/CSU]: Wir sind der Meinung, dass abgestimmt werden muss, Herr Präsident!)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Kollege Grübel, Sie haben die Gelegenheit zur Reaktion.

**Markus Grübel (CDU/CSU):**

Frau Kollegin Schewe-Gerigk, ich vermute, dass Sie sozusagen eine Mehrheit in diesem Haus herbeireden möchten, da die CDU/CSU hier für die Diskussion über Wirtschaftsthemen so stark vertreten ist

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Karlheinz Gutmacher [FDP])

und Rot-Grün, auch auf der Regierungsbank, so schwach ist. Sie wollen also offensichtlich noch etwas Zeit gewinnen.

(B)

Aber zur Sache. Erstens. Das Gendiagnostikgesetz ist der falsche Ort, um Vaterschaftstests zu regeln; denn hier geht es nicht um Gentests und DNA-Analysen. Deswegen liegen Sie hier schon einmal völlig falsch.

Zweitens. Die Vaterschaftstests in einen Zusammenhang mit dem Strafrecht zu bringen und darüber nachzudenken, für heimliche Vaterschaftstests eine Strafe von einem Jahr auszusprechen, halte ich für völlig daneben.

Über das andere können wir in der Sache trefflich streiten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 15/5029, 15/5030, 15/5031 und 15/2049 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Vorlage auf Drucksache 15/5029 soll zusätzlich an den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf Drucksache 15/5052 zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „Tatsächliche Gleichberechtigung durchsetzen – Zehn Jahre Novellierung des

Artikels 3 Abs. 2 des Grundgesetzes“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/4146 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? (C)

(Zurufe von der CDU/CSU: Die Mehrheit!)

Meine beiden Beisitzer sind sich nicht einig.

(Heiterkeit – Dr. Angela Merkel [CDU/CSU]: Dann müssen Sie entscheiden! – Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Herr Präsident, lassen Sie die Wahrheit sprechen!)

Sie wissen, was die Geschäftsordnung in einem solchen Fall vorsieht. Ich wiederhole die Abstimmung. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist damit abgelehnt.

(Lebhafte Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir kommen zu den Zusatzpunkten 2 und 3. Interfraktionell wird Überweisungen der Vorlagen auf den Drucksachen 15/5017 und 15/5032 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 a und b sowie Zusatzpunkt 4 auf:

- 3 a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Ronald Pofalla, Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU (D)

#### **Pakt für Deutschland**

– Drucksachen 15/4831, 15/4986 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Dr. Thea Dückert

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

#### **Wider die Vertrauenskrise – Für eine konsistente und konstante Wirtschaftspolitik**

– Drucksachen 15/1589, 15/4985 –

Berichterstattung:  
Abgeordneter Klaus Brandner

- ZP 4 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Michael Fuchs, Dagmar Wöhr, Karl-Josef Laumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

#### **Kein weiterer Arbeitsplatzabbau – Antidiskriminierungsgesetz zurückziehen**

– Drucksache 15/5019 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (f)

**Präsident Wolfgang Thierse**

- (A) Innenausschuss  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Angela Merkel, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Angela Merkel (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle kennen die Lage in Deutschland. Ich glaube, niemand in diesem Hause hat einen Zweifel daran, dass sie extrem ernst ist.

Die Arbeitslosigkeit hat mit 5,2 Millionen eine Rekordzahl erreicht.

(Klaus Brandner [SPD]: Nicht mehr als 1998, wie Sie wissen!)

Das ist der höchste Stand seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die Prognosen sagen bestenfalls ein Wirtschaftswachstum von 1 Prozent voraus und der Stabilitätspakt droht zum vierten Mal gebrochen zu werden.

Die Dinge so zu benennen bedeutet nicht, Deutschland schlechtzureden; die Dinge so zu benennen heißt vielmehr, der bedrückenden Realität nüchtern in die Augen zu sehen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie ist bedrückend, weil dahinter Menschen stehen, nämlich junge Menschen mit großen Hoffnungen, die enttäuscht werden, Ältere ohne Perspektive und Familien. All dies sind Schicksale.

Deshalb haben wir deutlich gemacht: Eine Haltung des „Weiter so“, die Fortsetzung des üblichen Tagesgeschäftes verbieten sich angesichts dieser Situation.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der FDP: Wo ist denn der Wirtschaftsminister?)

Aus diesem Grund haben wir einen Pakt für Deutschland vorgeschlagen, der zehn Punkte als Sofortmaßnahmen umfasst. Im Übrigen haben wir in dieser Woche auch ein Programm für Innovation vorgelegt, das leider von Ihnen abgelehnt und nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Aber das ist Ihr Stil. Sie haben alle Vorschläge abgelehnt, und zwar in der Ihnen eigenen Sprache, Herr Müntefering. Das werden Sie sicherlich auch nachher wieder tun.

Aber ich sage Ihnen: Unsere Forderungen bleiben auf dem Tisch. Wir wissen, dass wir, um die Probleme Deutschlands zu lösen, dicke Bretter bohren müssen. Aber wir werden diese dicken Bretter bohren und sagen, was zu tun ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Brandner [SPD]: Ach, Frau Merkel! Das

haben wir ja gemerkt! Denken Sie daran, was Sie uns hinterlassen haben! – Joachim Poß [SPD]: Eine Offensive der leeren Worte! Mehr nicht!)

(C)

Es kennzeichnet den Zustand der Bundesregierung – das erkennt man auch, wenn man sich die Besetzung der Regierungsbank ansieht –, dass wir als Opposition die Initiative ergreifen müssen,

(Zuruf von der SPD: Ach Gott!)

damit die Bundesregierung endlich einmal überlegt, ob sie handeln soll oder nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der SPD: Mir kommen gleich die Tränen!)

Deshalb leisten wir mit unserem Pakt für Deutschland einen Beitrag dazu, Deutschland aus dem „Weiter so“, dem Sich-im-Kreis-Drehen und der Starre, in die es immer wieder verfällt, zu lösen. Wir wissen: Stückwerk reicht nicht. Wir brauchen so etwas wie eine nationale Kraftanstrengung, um diese Situation zu bewältigen. Meine Damen und Herren, Politik darf sich nicht von Ereignissen treiben lassen, vielmehr muss Politik führen und die Initiative ergreifen. Dafür sind wir da.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Für solch eine nationale Kraftanstrengung müssen zuerst einmal folgende Fragen gestellt werden: Was leitet uns? Was bewegt uns? Es ist vollkommen klar, dass wir uns in einer globalisierten Welt einem stärkeren Wettbewerb stellen müssen. Wir müssen uns – stellvertretend für die Menschen in Deutschland – fragen: Womit wollen wir in Zukunft unser Geld verdienen? Auf welchen Gebieten können wir besser oder schneller als andere sein? Wo liegen unsere Qualitäten? Unsere Stärken müssen wir weiterentwickeln. In den Bereichen, in denen wir Schwächen haben, müssen wir nachholen und uns spüren, um wieder Weltspitze zu werden. Das ist der Anspruch, der uns leitet.

(D)

(Klaus Brandner [SPD]: Alles Allgemeinplätze! – Joachim Poß [SPD]: Offensive der leeren Worte!)

Meine Damen und Herren, auf diese Fragen haben wir ganz konkrete Antworten. Ich möchte heute ganz deutlich sagen:

(Klaus Brandner [SPD]: Oh, kommt jetzt etwas Neues?)

Als Erstes wollen wir, dass **Bürokratie** abgebaut wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Brandner [SPD]: Wer will das nicht?)

Angesichts einer massiven Staatsverschuldung ist es das Allerbeste, erst einmal solche Maßnahmen zu ergreifen, die nichts kosten, uns befreien und Initiative ermöglichen. Deshalb sagen wir: Wir brauchen die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Ein ganz einfaches Beispiel ist in diesem Zusammenhang das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz. Wir wollten, dass seine Geltungsdauer für die neuen Bundesländer, bis der

Dr. Angela Merkel

- (A) Solidarpakt im Jahre 2019 ausläuft, auf einmal verlängert wird, damit Planungssicherheit besteht und wir uns nicht Jahr für Jahr mit dieser elenden Bürokratie herum-schlagen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, vor allen Dingen wollen wir verhindern, dass in der Situation, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet, zusätzlich neue Bürokratie entsteht. Deshalb sagen wir: Die Diskussion, die wir im Augenblick über den Entwurf des **Antidiskriminierungsgesetzes** führen, ist abenteuerlich.

(Joachim Poß [SPD]: Das stimmt! So, wie Sie sie führen, ist diese Diskussion wirklich abenteuerlich!)

Sie sollten damit aufhören, sich in Ihren eigenen Reihen gegenseitig die wildesten Schuldzuweisungen zu machen. Langsam kommt die Wahrheit doch auf den Tisch. Was hat denn Frau Künast über Herrn Clement gesagt? Sie hat gesagt: Das Wirtschaftsministerium hat diesen Gesetzentwurf erarbeitet. Man fragt sich natürlich: Warum sagt Herr Clement jetzt etwas anderes?

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Ja, allerdings! – Michael Glos [CDU/CSU]: Weil er ihn nicht gelesen hat!)

Das weiß ich auch nicht, sagt sie.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Auch ich weiß es nicht; denn der Herr Wirtschaftsminister, der uns heute leider nicht die Ehre geben kann, gehört zu denjenigen, die landauf, landab so tun, als wollten sie die Bürokratie ab-bauen.

- (B) (Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das will er auch! Das wissen Sie doch!)

Wenn es aber hart auf hart kommt, stellt sich heraus, dass wesentliche Teile dieses Arbeitsplätze vernichtenden Gesetzentwurfes in seinem eigenen Ministerium erarbeitet wurden. Meine Damen und Herren, das ist Doppeltzüngigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb erwarten wir vom Bundeskanzler nicht nur, dass er bei Kabinettsitzungen seine Minister rügt, sondern auch, dass er, wenn er in der nächsten Woche seine Regierungserklärung abgibt, ankündigt, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen und ihn bestenfalls durch eine Eins-zu-eins-Umsetzung der EU-Richtlinie zu ersetzen. Das wäre ein echter Beitrag zu mehr Wachstum in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Neben dem Abbau von Bürokratie wollen wir einen absoluten Schwerpunkt bei **Bildung und Innovation** setzen. Schwerpunkt bei Bildung und Innovation heißt, auf Wettbewerb zu setzen. Wir sind dafür, dass wir die Besten fördern. Wir sind dafür, dass die besten Fakultäten an deutschen Universitäten gefördert werden, begutachtet von der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Un-

sere Anträge liegen auf dem Tisch. Was wir nicht wollen, ist eine Pauschalförderung ganzer Universitäten, weil sie nämlich genau nicht zu Elite, sondern wieder zu Zentralismus führt. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Wir machen ein konkretes Angebot. Stimmen Sie dem Antrag von Bayern und Baden-Württemberg im Bundesrat zu! Dann haben Sie übermorgen eine Exzellenzförderung, wie sie im Buche steht und wie Deutschland sie braucht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wollen ein Gentechnikgesetz, das es ermöglicht, dass Deutschland in diesem Forschungsbereich Spitze wird. Dazu gab es gestern hier eine Aktuelle Stunde. Wir sind von diesem Ziel meilenweit entfernt. Bulmahn keilt sich mit Künast und auf der Strecke bleibt die Forschung. Wir bieten an: Ändern Sie das Gentechnikgesetz! Auch Herr Clement erklärt landauf, landab, das müsse sein,

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Zum Teil auch der Bundeskanzler!)

ebenso Herr Schmoldt, der Vorsitzende der IG BCE. Lassen Sie doch der Vernunft wenigstens eine Schneise! Lassen Sie die Regierung nächste Woche sagen: Wir ändern das Gesetz. Dann wären wir ein ganzes Stück weiter.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir könnten Innovation auch dadurch fördern, dass wir der forschenden pharmazeutischen Industrie für die patentgeschützten Medikamente in Deutschland wieder Planungssicherheit geben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt und das gilt nicht nur für die deutschen Unternehmen, sondern es gilt vor allen Dingen auch für die amerikanischen Investoren, die hier Planungssicherheit brauchen. Zurzeit gehen sie nach Frankreich, England und sonst wohin, aber nicht nach Deutschland.

Herr Müntefering, wir sind gewählt für ein einziges Ziel. Wir können uns zwar freuen, wenn es anderen Ländern gut geht, aber gewählt sind wir, um dafür zu sorgen, dass es den Menschen in Deutschland gut geht. Das ist unser Auftrag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir sind der Meinung, dass wir Flexibilität im **Arbeitsrecht** über das bisher Erreichte brauchen. Kleine Schritte sind gegangen worden,

(Jörg Tausch [SPD]: Werden Sie mal deutlich!)

aber wir glauben, dass für mittelständische und kleine Unternehmen zum Beispiel betriebliche Bündnisse für Arbeit,

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Sehr richtig!)

also die Möglichkeit, während der Laufzeit eines Tarifvertrages von dem im Rahmen des Tarifvertrages vereinbarten Lohn und von der vereinbarten Arbeitszeit abzuweichen, ein notwendiges Mittel sind, um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit in der Welt zu erhalten. Wir wissen von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern,

(C)

(D)

**Dr. Angela Merkel**

- (A) dass sie bereit sind, für ihren Arbeitsplatz Opfer und Einschnitte in Kauf zu nehmen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Richtig!)

Lassen Sie die Menschen selbst entscheiden, was für sie gut ist, meine Damen und Herren! Das ist unser Ansatz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wollen, nachdem wir wie Sie der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zugestimmt haben, dass jetzt Anreize geschaffen werden, damit Arbeit auf dem **ersten Arbeitsmarkt** aufgenommen wird.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Sehr richtig!)

Die Bundesagentur hat leider bis jetzt überhaupt keine Kraft, sich um die Vermittlung von Arbeitslosen zu kümmern.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: So ist das! – Jörg Tauss [SPD]: Sie wirken auch nicht kraftvoll! Sie wirken schwächelnd!

Ich gehe davon aus, dass der Bundeskanzler uns nächste Woche sagen wird, wie genau dieser Punkt verbessert werden soll; denn Fordern und Fördern gehören zusammen. Ohne Verbesserungen in diesem Bereich wird es zu keiner Akzeptanz für diese Reform kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wollen, dass die Zuverdienstmöglichkeiten gerade im unteren Einkommensbereich noch einmal überprüft werden, und wir werden dafür auch sehr konkrete Vorschläge vorlegen.

- (B)

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Es geht nur so! – Joachim Poß [SPD]: Das haben Sie doch abgewürgt! Sie wollten doch einen Arbeitsdienst! – Klaus Brandner [SPD]: Sie fahren doch einen Zickzackkurs, heute so, morgen so! Wenn Sie merken, das wird unpopulär, dann bessern Sie nach! Das ist doch kein Kurs, keine Linie!)

– Sie sollten nicht schreien. Hören Sie doch einmal zu.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Sehr richtig! Das hilft weiter!)

Zurzeit fördern Sie die 1-Euro-Jobs über die Maßen. Mit den 1-Euro-Jobs sind die Zuverdienstmöglichkeiten auf dem zweiten Arbeitsmarkt exorbitant besser als auf dem ersten Arbeitsmarkt.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Norbert Lammert)

Es ist doch ein Gebot der Vernunft – ich bitte Sie –, dass man das erkennt, dass man daraus die Schlussfolgerung zieht und nicht monatelang die Menschen in die Falle laufen lässt.

(Klaus Brandner [SPD]: Da können Sie mal sehen, wie Sie den Fortschritt bremsen!)

Das ist unser Ansatz und deshalb machen wir diese Vorschläge.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ganz konkret: Wir wollen, dass die Lohnzusatzkosten (C) sinken.

Meine Damen und Herren, Sie haben im Zusammenhang mit den Reformen Hartz I, II und III eine irrsinnige Zahl von Versprechungen gemacht. Alle Versprechungen sind in sich zusammengebrochen: am meisten die bei den Personal-Service-Agenturen, auch die bei den Ich-AGs. „Halbierung der Arbeitslosigkeit innerhalb von drei Jahren um 2 Millionen auf 2 Millionen“,

(Klaus Brandner [SPD]: Wer hat das denn gesagt?)

das war die Aussage von Herrn Hartz im August des Jahres 2002.

(Klaus Brandner [SPD]: Ist das der Bundeskanzler oder was?)

Wenn Sie Herrn Hartz nicht mehr glauben, wenn das für Sie nicht mehr wichtig ist, dann müssen Sie uns das sagen. Aber Sie haben beim deutschen Volk damals genau diese Erwartung geweckt.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Genau so ist es gewesen!)

Wir sagen: Lassen Sie diese teuren Instrumente jetzt beiseite und senken Sie den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung! Denn wir wissen: 1 Prozentpunkt weniger Lohnzusatzkosten macht 100 000 neue Jobs. Lassen Sie uns diesen Weg gehen! Ich hoffe darauf, dass die Regierung das aufnimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D)

Meine Damen und Herren, wir wollen **Veränderungen im Steuersystem**. Nächste Woche – wir können es parallel zu der Regierungserklärung des Bundeskanzlers machen – wird unser Steuerkonzept 21 beraten.

(Jörg Tauss [SPD]: Welches Konzept?)

Darin geht es um eine Vereinfachung des Steuersystems,

(Jörg Tauss [SPD]: Schon wieder!)

etwas, worauf die Menschen wirklich hoffen.

(Zuruf von der SPD: Herr Seehofer!)

Wir sind darüber hinaus angesichts der internationalen Wettbewerbssituation bereit, gerade für unsere mittelständischen Unternehmen mit einer Unternehmensteuerreform etwas zu tun.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Das ist dringend!)

Ich glaube, wir sollten uns hier wirklich schnell an die Arbeit machen und nicht wieder monatelang Sachverständige befragen. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch.

(Joachim Poß [SPD]: Sie tun nichts auf den Tisch! Heiße Luft ist das, nichts anderes!)

Lassen Sie uns das in Angriff nehmen, dann finden wir eine Lösung! Es setzt natürlich voraus, dass Sie einsehen, dass die Unternehmensteuerreform etwas Wichtiges ist für die mittelständischen Unternehmen, gerade im Wettbewerb mit Unternehmen in Österreich und in

Dr. Angela Merkel

- (A) anderen Ländern. Sie können noch so viel schreien – der Mittelstand braucht das. Und ich gehe davon aus, dass wir hier etwas machen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß [SPD]: Der Bierdeckel ist Humbug! – Jörg Tauss [SPD]: Herr Merz ist doch gar nicht mehr da!)

Ich will noch einen Punkt ansprechen, der Ihnen zwar wehtut, der aber für den deutschen Mittelstand wichtig ist: die **Erbschaftsteuer**.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Genau!)

Wir müssen überlegen, wie wir die Gewinne, die im Unternehmen bleiben, ein Stück mehr von der Erbschaftsteuer befreien. Dann können Investitionen in Deutschland gehalten werden und Unternehmen werden nicht gezwungen, über die Grenze zu gehen. Das ist das, was wir brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wollen eine **Föderalismusreform**,

(Lachen bei der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Lügen!)

weil wir wissen, dass unsere Entscheidungen schneller gefällt werden müssen. – Ja, so ist das. – Das setzt voraus, dass Sie nicht noch den fünften, sechsten, siebenten, achten Prozess beim Bundesverfassungsgericht verlieren wie bei der Juniorprofessur und bei den Studiengebühren,

- (B)

(Jörg Tauss [SPD]: Das liegt an Ihrer Prozesshalselei!)

sondern dass Sie einsehen, dass es eine Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern gibt und dass wir in der Bundesrepublik Deutschland Wettbewerb brauchen. Wenn wir die Blockade der Bundesregierung

(Lachen bei der SPD)

und der rot-grünen Fraktion bei der Bildungspolitik aufheben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

bekommen wir eine wunderbare Föderalismusreform. Wir sind dazu bereit, das endlich zu Ende zu bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie leisten sich was! – Klaus Brandner [SPD]: Was haben Sie uns bis jetzt Neues erzählt? – Jörg Tauss [SPD]: Lügen!)

Wir wollen also nicht mehr und nicht weniger als durchgreifende Strukturreformen auf allen Gebieten. Was wir mit Sicherheit nicht wollen, sind kurzfristige, durch Schulden finanzierte **Konjunkturprogramme**, die wieder nichts als Strohhalm sind und die die Menschen enttäuschen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ja!)

- (C) Deshalb werden wir genau das ablehnen. Auch das soll klar sein: Durchgreifende Strukturreformen, das ist es, was wir brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich glaube, dass es an der Zeit ist, zu überlegen, was wir im Sinne einer nationalen Kraftanstrengung hinkommen. Wir werden offen in die Gespräche gehen.

(Jörg Tauss [SPD]: Ach!)

Sie wissen, dass wir immer dann, wenn die Vorteile die Nachteile überwogen haben, den Vorschlägen zugestimmt haben, um Deutschland voranzubringen.

(Jörg Tauss [SPD]: Und anschließend gehen Sie vors Gericht!)

Ich sage aber auch: Wir brauchen keine Kaffeestunden, die die Enttäuschung der Menschen zum Schluss immer weiter erhöhen und ausdehnen; denn es gibt schon so viel Enttäuschung in diesem Land – und das mit Recht.

(Jörg Tauss [SPD]: Die reden Sie doch herbei!)

Meine Damen und Herren, wenn ein Bundeskanzler 1998 sagt: „Wenn es mir nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit wesentlich zu senken, dann bin ich es nicht wert, dass ich wieder gewählt werde“,

(Michael Glos [CDU/CSU]: So ist es!)

dann hat der Mann vor Beginn seiner Amtszeit noch das richtige Gefühl gehabt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (D) Wenn dieser Bundeskanzler den Menschen im Dezember – wiederum über eine große deutsche Illustrierte – aber erklärt, er habe auf dem Gebiet der **Arbeitsmarktreform** alles getan, was möglich war, mehr sei nicht drin, dann darf man sich doch nicht darüber wundern, dass sich die Menschen von der Politik abwenden. Deshalb haben wir immer wieder gesagt: Die Agenda 2010 ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, diese Agenda 2010 reicht aber nicht.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Sehr richtig!)

Ich bin ja froh, dass der Bundeskanzler nach Jahren jetzt offensichtlich langsam einsieht, dass wir über diese Agenda 2010 hinausgehen müssen und dass wir weitere Schritte brauchen. Das dürfen aber nicht irgendwelche Schritte sein, sondern wir müssen uns überlegen, was wir bereits geschafft haben und was noch vor uns steht.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Es dauert nur immer so lang!)

Meine Damen und Herren, der Managerkreis der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hat dieser Tage wieder gesagt: Die Agenda 2010 ist so, als ob man mit Esslöffeln gegen Wanderdünen angeht. Das hat man getan. Okay, es ist immer noch besser, mit einem Esslöffel gegen eine Wanderdüne anzugehen, als gar nichts und das Falsche zu tun, ich sage aber: Wir brauchen anstatt eines Klein-Klein einen richtigen Quantensprung, eine echte Kraftanstrengung. Dazu sind wir bereit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Dr. Angela Merkel**

- (A) Eine solche Kraftanstrengung muss einem Maßstab folgen und einen roten Faden haben. Das heißt, es muss in Deutschland schneller gehen und wir müssen flexibler werden. Damit wir wieder gerechter zu den Menschen sind, müssen wir mit unseren Entscheidungen direkter an die Menschen heran. Das heißt, Sie dürfen nicht jeden, der in diesem Land seine Freiheiten nutzen will, unter einen öffentlichen Rechtfertigungszwang setzen.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

Wir müssen endlich ein Klima der Freiheit schaffen und den Menschen in diesem Lande zeigen, dass wir ihnen etwas zutrauen. Das muss uns gelingen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir leben ja nun im Einsteinjahr. Am Kanzleramt prangt derzeit ein kluger Satz von Albert Einstein, der da lautet:

(Jörg Tauss [SPD]: Davon verstehen Sie auch nichts!)

Der Staat ist für die Menschen da und nicht die Menschen für den Staat.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

- (B) Wenn Sie das ein Stück weit berücksichtigen würden und wenn wir mit dem Geist dieses Satzes von Albert Einstein in diesem Jahr an die Lösung der Probleme gehen, dann, das sage ich Ihnen voraus, werden wir ein gutes Stück weiterkommen. Unser guter Wille ist da.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was unserem Land hilft und Vorteile bringt, werden wir im Sinne und für die Menschen dieses Landes mitmachen. Sie haben es verdient.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat nun der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Franz Müntefering.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Franz Müntefering (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU/CSU hat den Antrag auf Drucksache 15/4831 auf eigenen Wunsch hier auf die Tagesordnung gesetzt. Diesem wollen wir uns jetzt zuwenden. Frau Merkel hat verständlicherweise relativ wenig dazu gesagt; denn was darin steht, ist enttäuschend.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Dies ist ein Antrag aus der Abteilung Taktik. Was die Ansprüche an sich selbst angeht, ist die Opposition sehr bescheiden geworden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU)

Bei dem, was Sie vorgelegt haben, ist nichts von dem großen Konzept zu erkennen, das kommen sollte.

Frau Merkel hat zu Beginn ihrer Zeit als Vorsitzende die „neue soziale Marktwirtschaft“, die kommen sollte, beschrieben. Das hat sich im Kleinkarierten und Vordergründigen verloren. Das einzige Fettague auf der dünnen Suppe des Antrags ist der Titel – er ist wirklich gut –: Pakt für Deutschland. Das können wir gerne miteinander machen. Aber der Inhalt des Antrags wird dem Titel nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob das mit dem Pakt für Deutschland ehrlich gemeint ist, ist eine andere Frage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, ich kann es Ihnen nicht ersparen, Sie auf zwei Punkte anzusprechen, die sich aus den Erfahrungen der letzten Wochen ergeben haben. Der erste Punkt war und ist der Vorwurf, die SPD sei in hohem Maße für die große **Zahl der Nazis** mitverantwortlich, die es in einigen Teilen Deutschlands wieder gibt.

(Jörg Tauss [SPD]: Pfu! – Zuruf von der CDU/CSU)

(D) – Bleiben Sie ruhig und lassen Sie uns darüber vernünftig sprechen. Diesen Punkt müssen wir miteinander klären.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Die Diskussion hilft weiter!)

– Über das, was Herr Söder und Herr Stoiber dazu gesagt haben, müssen wir im Parlament sprechen. Wir können schließlich nicht nur über Nebensächlichkeiten diskutieren, sondern müssen auch einmal an Kernthemen heran.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Behauptung ist: Die hohe Zahl der Arbeitslosen sei, verschuldet durch die SPD, Grund für die hohe Zahl der Nazis bei uns in einigen Teilen – Gott sei Dank nicht überall – des Landes.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Das hat etwas miteinander zu tun!)

Zwei Dinge will ich Ihnen dazu sagen. Erstens. Sie beleidigen damit die Arbeitslosen. Sie sind es heute nicht und sie waren es auch 1933 nicht, die damals die Braunen an die Macht gebracht haben. Es waren immer Leute in Anzug und Krawatte, die dafür gesorgt haben, dass die Braunen nach vorne gekommen sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



## Franz Müntefering

- (A) Zweitens. Die demokratischen Parteien müssen an dieser Stelle aufpassen, dass wir uns nicht gegenseitig um unsere Möglichkeiten der Zusammenarbeit bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage hier vor dem Bundestag ganz klar: Es ist nicht die Schuld der CDU/CSU, dass es viele neue Nazis gibt. Es ist aber auch nicht die Schuld der SPD. Wir müssen darauf achten, dass in diesem Lande eines klar ist: An dieser Stelle dürfen wir uns nicht gegenseitig etwas unterstellen, was so nicht gerechtfertigt ist. Wer anfängt, hier taktische Spielchen zu machen, der schadet der Demokratie.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt – auch das muss ich hier ansprechen – ist das, was am Sonntag vor einer Woche in einer Sonntagszeitung stand: CSU macht Schröder für **Verbrechen an Kindern** mitverantwortlich. Helfershelfer von Kinderschändern seien Teil des „Kartells der Schuldigen“.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Es geht um Arbeitsplätze! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

– Nein, das stand so in der Zeitung. Da dies in Anführungszeichen gesetzt war, war es legitimiert, dies so zu schreiben.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Haben Sie nichts zu Arbeitsplätzen zu sagen? – Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Kommen Sie mal zum Thema!)

- (B)

Eine solche Vorgehensweise ist der CDU/CSU und ihrer Tradition nicht würdig. Das sollten Sie bitte bedenken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, heute wäre eine gute Gelegenheit gewesen, dazu etwas zu sagen. Dass es einen Herrn Söder gibt, der so etwas sagt, muss ich wohl respektieren. Dass aber weder Sie noch Herr Stoiber den Mut haben, deutlich zu machen, dass dies nicht Ihre Meinung ist, ist schade und bedauerlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, nun komme ich zu Ihrem Antrag selbst.

(Zurufe von der CDU/CSU): Ah!

Der Beginn des Antrags macht ein Ausmaß von Vergesslichkeit deutlich, das stark an Alzheimer erinnert; das muss ich Ihnen schon sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie schreiben über die 5 Millionen Arbeitslosen so, als ob Sie vergessen hätten, dass wir miteinander ein Gesetz beschlossen haben, das notwendigerweise dazu führen musste, dass einige hunderttausend erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger in die **Statistik der Bundesagentur** auf-

- genommen wurden. Das wussten wir alle miteinander, als das Gesetz beschlossen wurde. (C)

Wir wussten nicht, ob es 300 000, 400 000 oder 500 000 sind. Im Augenblick sind es etwa 350 000 bis 400 000 Erwerbsfähige, die aus der Sackgasse der Sozialhilfe herausgeholt und in die Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit überführt wurden und damit wieder vermittelbar sind und an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Auch wenn einige von Ihnen jetzt erstaunt gucken, wissen Sie das hoffentlich alle. Als wir damals dieses Gesetz beschlossen haben, war klar: Wenn wir das machen, wird es so sein. – Diese jungen Menschen, Alleinerziehende und sozial Schwache holen wir aus der Sackgasse der Sozialhilfe und der Vergessenheit heraus. Das ist richtig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen in vollem Ernst: Es ist besser, die Arbeitslosenzahl mit 5,2 Millionen anzugeben und die 400 000 einzuschließen, die früher nicht berücksichtigt worden sind, als die Zahl von 4,8 Millionen zu nennen und die anderen zu vergessen und in der Sackgasse zu lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das ist doch kein Argument!)

Die Zahl ist bedrückend. Das ist wohl wahr. Das, was wir jetzt haben, ist die Lage von 1998 unter Kohl plus die Statistik von Hartz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Sechs Jahre regiert ihr!)

– Sie müssen ganz einfach die Zahlen zusammenzählen, dann kommen Sie auf das Ergebnis: Arbeitslosenzahl von 1998 – zu der Zeit von Helmut Kohl – plus Statistikeffekt durch Hartz. Wenn wir so viele ABM und SAM gemacht hätten wie Sie, dann läge die Zahl deutlich darunter.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das tröstet aber die nicht, die darauf angewiesen sind, dass ihnen Hilfe zuteil wird.

Was schreiben Sie in Ihrem Antrag? Der **Beitrag zur Arbeitslosenversicherung** soll von 6,5 Prozent auf 5,0 Prozent gesenkt werden. Frau Merkel hat gerade versucht, das noch einmal zu begründen. Wer das macht, der kürzt die Mittel der Bundesagentur für Arbeit um mindestens 11 Milliarden Euro. Es können auch ein paar Milliarden mehr sein. Wer das macht, der muss dafür sorgen, dass entweder das Arbeitslosengeld I gekürzt wird oder auf Hilfsmaßnahmen für junge Menschen, die dringend in Ausbildung gebracht werden müssen, verzichtet wird oder die Zahlung von Lohnkostenzuschüssen für Existenzgründer einzustellen ist. Es kann nicht sein, dass wir 11 Milliarden Euro aus dem Etat der Bundesagentur für Arbeit entnehmen – das wollen Sie –,

(D)

## Franz Müntefering

- (A) gleichzeitig aber die Bundesagentur auffordern, sie solle mehr vermitteln. Das geht zumindest rechnerisch nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie haben dann ein ganzes Kapitel, in dem Sie sich mit den **Arbeitnehmerrechten** auseinander setzen. Die Tarifautonomie soll geschleift werden, ebenso der Kündigungsschutz, das Betriebsverfassungsgesetz und das Jugendarbeitsschutzgesetz. Sie fordern, dass es untertarifliche Entlohnung für Langzeitarbeitslose geben soll, und zwar gesetzlich fixiert. Das gibt es längst in Tarifverträgen – ich weiß nicht, ob Sie sich da genau auskennen –, Sie aber fordern eine gesetzliche Regelung. Das ist ein Zeichen dafür, dass Sie die Tarifautonomie nicht mehr ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das ist ein Punkt, über den wir uns nicht verständigen können. Es muss in Deutschland auch in Zukunft so sein – damit ist Deutschland gut gefahren –, dass starke Arbeitnehmer und starke Arbeitgeber ihre Interessen vertreten und miteinander Tarifverträge aushandeln können. Wir als Gesetzgeber werden uns da heraushalten. Die Tarifparteien sind klug genug, dieses miteinander zu vereinbaren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

- (B) Sie sind übrigens auch klug genug, Wege zu finden, vernünftige Regelungen zu finden, wenn es darauf ankommt. Sie, Frau Merkel, haben das selbst lobend in Bezug auf das erwähnt, was jetzt bei Opel passiert ist. Zitat: Es ist gelungen, weil die Menschen vor Ort, die einen Arbeitsplatz bei Opel haben, bereit waren, etwas für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes zu tun. – Das ist genau das, was wir sagen. Was glauben Sie aber, was heute bei Opel in Bochum und in anderen Städten los wäre, wenn es die Gewerkschaften und die Betriebsräte nicht gegeben hätte? Das ist doch die schlichte Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Tausende Male haben Betriebsräte und Gewerkschaften mitgeholfen, dass Betriebe lebensfähig geblieben sind. Kluge Unternehmer wissen das ganz genau. Gewerkschaften und Betriebsräte sind keine fünfte Kolonne, die versucht, die Betriebe kaputt zu machen. Sie helfen vielmehr mit, dass Betriebe bestehen bleiben, so wie es jetzt auch bei Opel gewesen ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das, was Sie in Ihrem Antrag fordern, ist der Weg weg von der Souveränität der Tarifparteien.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Unfug!)

Es ist ein Stück Demokratie, um das es geht. Das werden wir uns ganz sicher nicht wegstreichen lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Hartmut Schauerte [CDU/  
CSU]: Wer behauptet einen solchen Unsinn?) (C)

So viel zu Ihrem Sofortprogramm. In Ihrem Sofortprogramm steht allerdings nichts von den **Zuverdienstmöglichkeiten**. Das ist eine besonders schicke Sache. Weshalb haben Sie, Frau Merkel, heute Morgen nicht einmal den Mut gehabt, zu sagen, dass Sie sich damals geirrt und darauf bestanden haben, dass die Zuverdienstmöglichkeiten im unteren Bereich nicht so hoch sind, wie die Sozialdemokraten und die Grünen das wollten? So war das nämlich im Vermittlungsausschuss: Wir wollten höhere Zuverdienstmöglichkeiten erlauben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Es wäre schon gut, wenn wenigstens einmal gesagt würde, dass Sie nicht immer die Neunmalklugen sind, sondern dass Sie sich an der Stelle korrigieren müssen. Wenn Sie es tun, ist es gut. Darüber können wir miteinander sprechen.

In Ihrem Antrag sind zwei Kapitel – ich weiß nicht, ob Sie das noch einmal gelesen haben –: Es gibt einmal das Sofortprogramm, über das ich gerade gesprochen habe, und zum anderen gibt es ein Kapitel II, in dem es um Strukturreformen, zum Beispiel in der Steuer- und Bildungspolitik, geht. Da haben Sie mit der Bildungspolitik natürlich etwas Interessantes angesprochen. Das Thema **Studiengebühren** haben Sie aber lieber weggelassen. Es wäre interessant gewesen, heute Morgen einmal Ihre Meinung dazu zu hören, wie es denn so ist mit den Studiengebühren. Ihre Länderfürsten haben Studiengebühren angekündigt. Im Moment haben alle wieder ein bisschen Luft abgelassen. Sie haben genau gemerkt, dass es so schnell und so einfach dann doch nicht geht. Aber Sie stehen offensichtlich dazu

(Dr. Angela Merkel [CDU/CSU]: Genau!)

und sagen: Studiengebühren, ja. Das nehme ich so zur Kenntnis. Das ist ein Punkt, über den man irgendwo miteinander zu reden haben wird.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Lassen Sie es doch die Hochschulen entscheiden!)

Dann haben Sie das angesprochen, was in der **Föderalismuskommission** dazu stattgefunden hat. Meine Meinung ist unverändert die, dass wir noch einmal einen Anlauf unternehmen sollten, um in Sachen Föderalismus in diesem Land voranzukommen. Weil das so ist, verneife ich mir jetzt jede Antwort auf das, Frau Merkel, was Sie eben dazu gesagt haben. Wer so verfährt, wie Sie das getan haben, der macht die Möglichkeiten, an dieser Stelle zu einer Einvernehmlichkeit zu kommen, fast schon wieder kaputt. Ich zweifele, ob Sie wirklich wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass die Strukturreformen, auch zur Steuer- und Bildungspolitik, noch in diesem Jahr in konkrete Gesetze gefasst werden sollten.

(D)

**Franz Müntefering**

- (A) Darüber kann man sprechen. Das werden Sie in der nächsten Woche sicherlich auch tun. Die Frage ist: Was meinen Sie eigentlich damit?

Über die Senkung des Spitzensteuersatzes haben Sie heute nichts gesagt. Ihrem Papier entnehmen wir: 39 Prozent und eine Linksverschiebung der Progressionsgrenze; bei 45 000 Euro soll der Satz greifen. Das heißt, die, die unten sind, bezahlen mal wieder mehr; die, die oben sind, werden entlastet.

Sie sagen in Ihrem Antrag nichts zum **Abbau von Subventionen**. Dazu hätte man zwei Dinge sagen können:

Erstens. Eigenheimzulage.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Jäger 90!)

Wenn wir im Bereich Bildung, Forschung und Technologie etwas machen wollen, dann lassen Sie uns Folgendes tun: die Eigenheimzulage abschaffen und das Geld für Forschung und Technologie einsetzen. Da wäre es für die nächste Zeit dringend nötig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens hätten Sie etwas zum Steuervergünstigungsabbaugesetz sagen sollen. Damit hätten wir eine Menge Geld für Bund, Länder und Gemeinden realisieren können. Dass Sie das am 16. Mai 2003 abgelehnt haben, hat die öffentlichen Hände 26,9 Milliarden Euro gekostet. Es ist die blanke Heuchelei, wenn Sie und einige CDU-Länder, einige CDU-Bürgermeister oder -Oberbürgermeister darüber klagen, zurzeit kein Geld zu haben. Sie hätten es haben können. Sich vor Ort beklagen und dann auf der Bundesebene keinen Mut haben, das zeugt nicht gerade von politischer Weitsicht.

- (B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun haben Sie noch einen Antrag zum Thema **Antidiskriminierungsgesetz** nachgeschoben. Er hat einen interessanten Einstieg. Darin beschreiben Sie nämlich zunächst einmal, wie sinnvoll so etwas eigentlich sein könnte:

Die Diskriminierung eines Menschen wegen seiner äußeren Merkmale oder seiner Veranlagung ist schlicht und ergreifend abzulehnen.

(Dr. Angela Merkel [CDU/CSU]: Natürlich!)

Dies ergibt sich aus dem christlichen Menschenbild, welches von der Unverletzbarkeit der Würde eines jeden Einzelnen ausgeht.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Genau so ist es! – Michael Glos [CDU/CSU]: Dazu brauche ich kein Gesetz! – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das steht im Grundgesetz!)

Es ist daher völlig selbstverständlich, dass sich eine Gesellschaft Regeln gibt, die deutlich machen, dass negative Diskriminierung gegen die Würde eines jeden Menschen geht und geahndet werden muss.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP) (C)

Obwohl Sie dies geschrieben haben, steht obendraßber: Antidiskriminierungsgesetz verhindern! Das ist eine komische Logik, der Sie da folgen.

(Lachen bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das will doch Herr Clement auch! – Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Clement!)

Im arbeitsrechtlichen Teil des Antidiskriminierungsgesetzes bewegen wir uns akkurat auf der Höhe dessen, was uns die EU vorschreibt. Im privatrechtlichen Bereich gehen wir darüber hinaus, weil wir Behinderte einbeziehen möchten. Wir möchten nicht, dass Gruppen von Behinderten in Restaurants rausgeschmissen werden. Wir möchten, dass bei uns in Deutschland geklärt ist, dass sie dahin kommen können, und zwar gesetzlich garantiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden die Ergebnisse der Anhörung auswerten. Es gibt sicherlich Korrekturmöglichkeiten, was die Verwirkungsfristen, gemischte Bewohnerschaft – das betrifft das Wohnraumförderungsgesetz – oder kirchliche Interessen anbelangt. Aber das Antidiskriminierungsgesetz wird kommen. Darauf können Sie sich ganz sicher verlassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Das ist ein Schaden für Deutschland! – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das sagen Sie mal denen in Nordrhein-Westfalen! – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Schartau lässt grüßen!) (D)

Sie haben mit dem Antrag – ich habe mich auf diesen Teil konzentriert – keinerlei Hilfestellung zur **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** gegeben. Das wird aber für die Debatte in der nächsten Woche ganz wichtig sein. Heute war auf der Grundlage Ihres Antrags offenbar nicht mehr zu erwarten. Ich bin sehr gespannt, was Sie in der Debatte über die Regierungserklärung in der nächsten Woche einbringen werden. Die Frage ist, ob Sie, Frau Merkel, sprechen werden oder Herr Stoiber. Wie gesagt, wir sind sehr gespannt darauf, wie das in der nächsten Woche laufen wird. Vielleicht zeigen Sie dann ein bisschen mehr Augenmaß und Verantwortung für das ganze Land. Insgesamt, insbesondere mit Ihrem Antrag, zeigen Sie es heute jedenfalls nicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat nun Dr. Guido Westerwelle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

(A) **Dr. Guido Westerwelle (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Lage in Deutschland ist folgende: Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit seit Gründung der Republik. Wir haben die marodesten Staatsfinanzen seit Gründung der Republik. Wir haben noch nie so viele Unternehmenspleiten gehabt. Wir haben ein Wachstum, das entgegen allen optimistischen Prognosen nun nochmals zusammenbricht. Wir haben brüchige Sozialsysteme. Wir haben ein Bildungssystem, das im Allgemeinen international schlechte Noten bekommt. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass es, während der Deutsche Bundestag an einem Donnerstagsvormittag – zur Kernzeit! – zum Thema **Massenarbeitslosigkeit** tagt, gerade einmal vier von 14 Bundesministern für notwendig erachten, anwesend zu sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Es sind sogar nur drei!)

Das, was Sie hier sehen, ist die heutige Titelseite der „BZ“, einer großen Berliner Tageszeitung: „Keine Zeit für Arbeitslose“.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Schmutzblatt!)

Das ist in Wahrheit das Gefährlichste, was eine Regierung vermitteln kann. Nicht nur Ihre Wankelmütigkeit, sondern auch Ihre Ignoranz gegenüber dem, was notwendig ist, das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

## (B) Da Ihnen, wie ich gehört habe, diese Zeitung nicht gefällt, greife ich zur nächsten, zur heutigen Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“, die Ihnen ja näher steht. Dort heißt es auf der Titelseite: „Kanzler fordert Disziplin, Minister streiten weiter“. Wie wollen Sie denn das Land aus der Krise führen, wenn Sie sich noch nicht einmal einig sind? Das kann doch nicht funktionieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

„Der Spiegel“ steht Ihnen möglicherweise noch näher. Auf seiner Titelseite in dieser Woche macht dieses Magazin mit folgendem Zitat von Gerhard Schröder – in bewundernswerter Deutlichkeit – auf:

Wenn wir die Arbeitslosenquote nicht spürbar senken, dann haben wir es nicht verdient, wiedergewählt zu werden.

Als Sie 1998 die Regierung übernommen haben, gab es 3,947 Millionen Arbeitslose. Nun sind es 5,216 Millionen Arbeitslose. Das ist das Ergebnis rot-grüner Politik und nicht irgendein Gottesgesetz oder ein Naturvorgang.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Karsten Schönfeld [SPD]: Lüge! So eine Lüge hier!)

Es ist wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass es Alternativen gibt. Denn viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem diejenigen, die mit Rot-Grün längst abgerechnet und Schluss gemacht haben, fragen sich besorgt: Gibt es eine Alternative? Kann es

anders gehen? Ist es nicht quasi eine zwangsläufige Folge der Globalisierung, dass wir in Deutschland in einer solchen maroden Situation sind? Es ist deswegen genauso notwendig wie erforderlich, einen internationalen Vergleich anzustellen. Wenn man sieht, dass die Politik in Deutschland eine Arbeitslosenquote von 12 Prozent zu verantworten hat, während die Arbeitslosenquoten in Österreich und Großbritannien bei jeweils 4,5 Prozent und in den USA bei 5,5 Prozent liegen, dann kommt man zu dem Schluss, dass die anderen Länder etwas besser machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Beim **Wachstum** ist es doch genau dasselbe. Sie reden es jetzt mit einer Wachstumsprognose von zunächst 1,6 Prozent schön. Darauf ist der ganze Haushalt gebaut, danach ist er gestrickt. Wir sehen in diesen Tagen, wie er anhand der korrigierten Wachstumsprognosen abermals zusammenbricht. Gerade noch 1 Prozent Wirtschaftswachstum sagen die Sachverständigen Deutschland voraus. Zum Vergleich: Die Wachstumsprognose 2005 ist für Frankreich 2,2 Prozent, für Großbritannien 2,9 Prozent, für die USA 3,4 Prozent. Wenn Deutschland von allen 25 europäischen Mitgliedstaaten die schlechteste Wachstumsrate hat, dann ist dies nicht das Ergebnis einer schäbigen Weltwirtschaft, sondern das Ergebnis einer schlechten Regierung. Das ist der feine Unterschied.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen wollen wir als Opposition eine wachstumsorientierte Politik. Dass die Grünen damit Schwierigkeiten haben, ist bekannt. Sie haben sich vor 25 Jahren mit dem Ziel des Nullwachstums gegründet. Jetzt in der Regierungsverantwortung haben sie es fast geschafft – leider, muss man sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Als sie sich gründeten, wollten sie den Kapitalismus besiegen. In der Regierungsverantwortung ist es ihnen nahezu gelungen. Das ist die Lage in diesem Lande.

(Beifall des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

An dieser Stelle möchte ich Ihnen, Herr Kollege Müntefering, noch einmal Folgendes vorhalten – ich halte das für einen entscheidenden Punkt –: Es ist doch nicht die Opposition, sondern es sind Ihre Genossinnen und Genossen, die mit dieser Politik längst auch öffentlich abrechnen.

In dieser Woche sagte der Betriebsrat – wohlgerichtet nicht der Vorstandsvorsitzende –, Herr Gipperich – er ist SPD-Mitglied –, von Bayer aus Nordrhein-Westfalen wörtlich:

Wer grün wählt, entscheidet sich gegen Arbeitsplätze.

Er fügt hinzu:

Was Verbraucherministerin Renate Künast mit der grünen Gentechnik macht, ist eine absolute Sauerei... Alte Arbeitsplätze werden vernichtet und neue andernorts geschaffen.

**Dr. Guido Westerwelle**

- (A) Das ist die Meinung der deutschen Opposition. Wir unterstützen die Betriebsräte in ihrer Kritik an der Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Verehrte Anwesende, es ist ein wichtiger Punkt, hierzu auch die Forschungsseite zu zitieren. Wovon wollen wir denn leben? Wo sollen denn Arbeitsplätze entstehen, wenn nicht in den neuen Schlüsseltechnologien? Wenn andere billiger sind, müssen wir besser sein. Deswegen wollen wir eine forschungsfreundliche Politik. Wir wollen eine wirtschafts- und investitionsfreundliche Politik, die Bio- und Gentechnologie eben nicht außer Landes treibt, sondern ihnen hier eine Chance gibt. Ich zitiere dazu den Chef der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der noch zur Jahreswende zum Gentechnikgesetz gesagt hat:

Die noch in Deutschland durchgeführte Forschung wird gezwungen sein, sich ins Ausland zu verlagern.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, was die wesentliche Nachricht des SPD-Vorsitzenden an diesem Rednerpult gewesen ist. Ich hoffe, dass der deutsche Bundeskanzler nächste Woche mehr zu bieten hat. Denn wenn das alles ist, dann geht das aus wie das Hornberger Schießen: Außer Spesen nichts gewesen.

(Franz Müntefering [SPD]: Sie sind ja Gott sei Dank nicht dabei!)

- (B) Ich sage Ihnen: Das darf nicht passieren. Wenn es solche Runden gibt, müssen auch strukturelle Ergebnisse möglich werden.

Dazu sollte aus unserer Sicht vor allen Dingen die Beredigung eines **Antidiskriminierungsgesetzes** gehören. Denn das ist der Totengräber für noch mehr Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Klaus Brandner [SPD]: Populismus pur!)

In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit hat der Bundesvorsitzende der Sozialdemokraten eine einzige konkrete Nachricht: dass das Antidiskriminierungsgesetz kommen wird, und zwar gegen Herrn Clement, gegen Herrn Steinbrück, gegen zahlreiche Vertreter des Bundesinnenministeriums und auch den Bundesinnenminister selbst – wir lesen das alles nach –, gegen Betriebsräte und übrigens auch gegen mancherlei Betroffene. Dieses Antidiskriminierungsgesetz wird nicht nur Arbeitsplätze vernichten, sondern auch genau den Minderheiten schaden, die es zu schützen gilt, weil dann nämlich in Wahrheit zu einem Vorstellungsgespräch ebendiese Minderheiten gar nicht mehr eingeladen werden, aus Sorge, anschließend, wenn man aus fachlichen Gründen ablehnt, einer Klagewelle gegenüberzustehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen ist es völlig richtig, wie nicht irgendeiner von der Opposition, sondern wie der Genosse Ude, der Oberbürgermeister von München, das Antidiskriminierungsgesetz bewertet hat. Er sagt dazu wörtlich:

Da haben sich ein paar Gutmenschen ausgetobt. (C)

Nichts ist schlimmer in Deutschland als Politik von Gutmenschen. Sie sind nämlich fein zu unterscheiden von den guten Menschen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ich nenne das immer die Achse des Guten!)

Die guten Menschen geben ihr eigenes Geld, die Gutmenschen – wie sie da sitzen – verteilen das Geld anderer Leute.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben einen Antrag zu diesem Thema vorgelegt. Wir haben gesagt, wie es geht. Es gibt von uns zu jedem notwendigen Bereich, den wir hier zu beraten haben, konkrete Gesetzentwürfe: zum Bürokratieabbau, zu den Steuern, zur Unternehmensteuerreform. Wir sind dazu bereit, wir wollen mitwirken. Ich sage Ihnen dazu ganz klar: Die Zusammensetzung von Runden ist nicht das Thema, entscheidend ist, was hinten rauskommt. Wie heißt es so schön im „Faust“ von Johann Wolfgang von Goethe – etwas abgewandelt –: Der Briefe sind genug gewechselt, jetzt lasst uns endlich Taten sehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächste Rednerin ist die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Katrin Göring-Eckardt.

**Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Herr Westerwelle, nachdem ich Ihre Rede heute hier gehört habe

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Da haben Sie etwas Gutes gehört!)

und nachdem ich gehört habe, welche neuen Vorschläge für den Arbeitsmarkt Sie unterbreiten – Sie haben auf einen Antrag verwiesen, den Sie hier nicht vorstellen wollten, weil Sie uns Zitate aus Zeitungen vorhalten wollten –, sage ich einmal an diejenigen, die nächste Woche zusammensitzen und Probleme lösen wollen: Wie gut, dass Sie nicht dabei sein werden!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Merkel, Sie haben heute Morgen gesagt, wie Sie Deutschland voranbringen wollen und was wir dazu brauchen, nämlich guten Willen und dass wir schneller werden. Darauf will ich gerne in drei Punkten eingehen.

Erster Punkt: **Föderalismusreform**. Es steht nicht in Ihrem Antrag, dass Sie dazu etwas beitragen wollen.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das haben wir ein Jahr lang gemacht!)

Vor allen Dingen haben Sie auch bisher nichts dazu beigetragen. Als die Föderalismuskommission getagt hat und in eine schwierige Situation geraten ist, weil Ihre

Katrin Göring-Eckardt

- (A) Länderfürsten sich aufgemäntelt haben und nicht mehr weiterkommen wollten, da sind Sie, Frau Merkel, abgetaucht und haben zu dieser großen und wichtigen Reform des Landes keinen einzigen Beitrag geleistet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Dann haben Sie hier über das Thema **Zuverdienst** geredet. Wir müssen doch einmal ehrlich sein und sehen, dass es so nicht geht. Frau Merkel, haben Sie die Debatten eigentlich nicht mitbekommen? Wie lange haben wir hier im Deutschen Bundestag und im Bundesrat über die Zuverdienstmöglichkeiten geredet? Wie lange haben wir gesagt, die Zuverdienstmöglichkeiten müssten größer sein, weil wir gerade für die unteren Einkommensbezieher neue Chancen brauchen? Was haben Sie gemacht? Sie haben die Zuverdienstmöglichkeiten heruntergesetzt. Deswegen sind wir jetzt in dem Dilemma, dass wir weniger Arbeitsplätze haben und nicht mehr. Das ist Ihre eigene Verantwortung, Frau Merkel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Vielleicht erinnern Sie sich daran: Herr Koch wollte noch mehr. Herr Koch wollte sogar, dass diejenigen, die heute in 1-Euro-Jobs in gemeinnütziger Arbeit beschäftigt sind, überhaupt nichts zusätzlich bekommen. Was sind das für Vorschläge, an die Sie sich nach ein paar Monaten nicht einmal mehr erinnern können? Jetzt sagen Sie: Man hätte schneller sein können. Ja, man hätte schneller sein können. Sie hätten schneller sein können. Wir wären heute weiter.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der dritte Punkt, den Sie angesprochen haben, ist das Thema **Bildung**. Auf dieses Thema haben Sie heute nur einen ganz kurzen Satz verwandt und haben gesagt, da müsse man doch vorankommen. Heute Morgen habe ich von Herrn Pofalla gelesen, Sie wollten in der nächsten Woche ganz ernsthaft verhandeln und Sie wollten auch eigene Fehler berücksichtigen und noch einmal neu darüber nachdenken. Ich nenne beispielhaft einen Bereich, wo sie gut Ihre Haltung überdenken könnten. Damit würden Sie vor allen Dingen Ihren eigenen Ländern helfen und für bessere Bildungsmöglichkeiten in Deutschland sorgen. Wir haben hier über die **Eigenheimzulage** gestritten. Wir haben gesagt, diese war einmal ein richtiges Instrument, sie ist jetzt aber nicht mehr notwendig; da sie am falschen Ende ansetzt, wäre es verkehrt, sie weiter aufrechtzuerhalten. Wenn Sie unserer Argumentation gefolgt wären, hätten wir schon jetzt 6 Milliarden Euro in die Bildung investieren können, Frau Merkel. Diese 6 Milliarden Euro fehlen heute dem Bund und den Ländern. Dafür tragen Sie Verantwortung. Wir hätten da schneller handeln können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich widme ich mich auch Ihrem so genannten Pakt. Ehrlich gesagt halte ich ihn mehr für ein „Päckchen“. Wenn man es nämlich aufmacht, stellt man fest,

dass es viel alte und verbrauchte Luft enthält. In diesem Rahmen reden Sie von der Senkung der Lohnnebenkosten. Von 1982 bis 1998 – man kann diese Zahl ruhig noch einmal nennen – sind die Lohnnebenkosten von 34 auf 42 Prozent gestiegen, mit tätiger Mithilfe übrigens der FDP, obwohl sie nach außen immer so tut, als ob die Senkung von Lohnnebenkosten und Steuern zentrale Punkte ihres Parteiprogramms wären. So viel also zu Ihrer Glaubwürdigkeit, nachdem Sie uns Grünen vorgeworfen haben, wir wären nicht glaubwürdig. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist diese Regierung als Erstes angegangen. Mithilfe der Ökosteuer sorgen wir dafür, dass der Rentenbeitrag unter 20 Prozent bleibt. Das dürfen Sie nicht vergessen, Frau Merkel. Die Ökosteuer nimmt dabei das Geld nicht von denjenigen, die es heute so dringend brauchen.

Sie dagegen wollen 11 Milliarden Euro bei den **Förderprogrammen** einsparen, um die Kosten für die Arbeitslosenversicherung zu senken. Wissen Sie eigentlich, wie viele Leute heute Arbeitsplätze haben, die in Förderprogrammen arbeiten? Ahnen Sie das? Sie reden über 150 000 Arbeitsplätze. Wissen Sie, wie viele Leute Sie nach Hause schicken müssten, wenn Sie die Förderprogramme einstellen, und wie vielen Sie sagen müssten: Für euch gibt es keine Förderung mehr? Es handelt sich um 1,3 Millionen Menschen. Um die geht es hier. Diese wollen Sie nach Hause schicken. Denen wollen Sie sagen: ab nach Hause, ab auf die Bank, es gibt keine Förderung durch die Arbeitsagentur mehr. Eine solche Politik, die bei den kleinen Leuten ansetzt, werden wir, Frau Merkel, nicht mitmachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

- (D)

Nun zu den betrieblichen Bündnissen für Arbeit: Ich weiß nicht, ob Sie tatsächlich einmal in Unternehmen gewesen sind. Ich weiß nicht, ob Sie mitbekommen haben, was im letzten Jahr geschehen ist. 50 Prozent der Arbeitsverhältnisse in Deutschland sind längst flexibilisiert. Die Regelungen für 50 Prozent der Arbeitsverhältnisse in Deutschland basieren längst auf betrieblichen Bündnissen. Hätten Sie denn gewollt, Frau Merkel, dass in Bochum ein Streik angefangen worden wäre, den man überhaupt nicht wieder hätte einfangen können? Hätten Sie gewollt, dass es zu einem Dumpingwettbewerb zwischen Bochum und Rüsselsheim kommt? Wo stehen wir denn heute? Bei Opel arbeiten die Leute zu Osttarifen. Zu solchen Ergebnissen führen betriebliche Bündnisse für Arbeit. Diese wurden unter Mitwirkung der Gewerkschaften vereinbart. Wir können stolz darauf sein, dass wir in Deutschland Gewerkschaften haben, die in schwierigen Situationen auch dazu in der Lage sind, entsprechend zu handeln.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Michael Glos [CDU/CSU]: Was haben Sie denn gegen den Osten, Frau Göring-Eckardt?)

Ich will auch noch etwas zum Thema **Bürokratieabbau** sagen. Sie haben sich da ja aus dem Fenster gelehnt und deutlich gesagt, wo überall Bürokratieabbau möglich und notwendig wäre. Ich will in diesem Zusam-

**Katrin Göring-Eckardt**

- (A) menhang gern auf das Thema **Gentechnik** eingehen, weil es offensichtlich sehr viele beschäftigt.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Beschäftigt sind in Deutschland sehr wenige! Das ist das Problem!)

Wo wir schon über Bürokratieabbau und Gentechnikgesetz reden, will ich Ihnen heute hier einen ganz konkreten Vorschlag machen. Wir können bei der Gentechnik weiterkommen, aber nicht in dem Bereich, in dem andere Länder längst viel weiter sind als wir – das war übrigens auch schon zu Ihren Regierungszeiten so –, nämlich im Bereich der Grünen Gentechnik. Wir müssten hier einen Aufholprozess starten, um im Wettbewerb bestehen zu können, den wir, wie ich glaube, nicht erfolgreich abschließen können. Es gibt aber auch noch die **Weißer Gentechnik**. Da müssten Sie sich, Frau Merkel, und Ihre Klientel, die Bauern, jedoch bewegen. Sie müssten sagen: Ja, die Zuckermarktverordnung darf verändert werden; ja, der Zuckerpreis darf um 60 Prozent sinken;

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das will doch alles die Frau Künast!)

ja, wir steigen in Deutschland in die Weiße Gentechnik ein. Damit würden wir es schaffen, ganz nach vorne zu kommen. Hierbei handelt es nämlich um einen Zukunftsbereich, in dem viele Arbeitsplätze entstehen können.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das ist ja Kraut und Rüben!)

(B)

An dieser Stelle will ich natürlich auch noch etwas zum **Antidiskriminierungsgesetz** sagen. Ich tue das gerne, und zwar deswegen, weil ich glaube, dass all diejenigen, die hier gesagt haben, dass dadurch Arbeitsplätze vernichtet würden, in den nächsten Wochen und Monaten eines Besseren belehrt werden.

Ich bin sehr dafür, dass wir all das, was in der Anhörung gesagt worden ist, sehr ernst nehmen. Ich bin sehr dafür, dass wir auf der einen Seite das Ziel im Auge behalten und auf der anderen Seite dort, wo etwas zu bürokratisch geregelt ist, andere Lösungsmöglichkeiten suchen. Ich glaube, dass uns das auch sehr gut gelingen wird. Ich verstehe, dass es bei Unternehmen Verunsicherung gibt. Deswegen bin ich auch dafür, dass wir eine transparente Regelung schaffen, die nicht zu Ängsten und Verunsicherung führt.

Aber ich will Ihnen auch eines sagen: Europäische Nationen haben sich gemeinsam darauf verständigt, etwas für **Bürgerrechte, Minderheitenrechte und Menschenrechte** in Europa zu tun. Wir haben in Deutschland gesagt: Ja, das wollen wir, das gehört zu uns, das gehört zu unserer Kultur und zu unserer Würde. Das ist kein kleiner grüner „Beikram“, sondern das gehört zu uns in Deutschland und das wollen wir; wir wollen Menschenrechte, Bürgerrechte und Minderheitenrechte schützen.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Kennen Sie einen, der dagegen ist?)

Ich glaube, dass niemand der Auffassung ist, dass wir das heute plötzlich nicht mehr wollen. (C)

Nun etwas zu Ihrem Vorschlag, das auf die EU-Regelungen zu begrenzen. Das würde heißen, dass man zwar den Ausländer, der in die Disco will, dort hineinlassen muss, aber den Behinderten sagen kann: Über ein Hotelzimmer für euch hier reden wir gar nicht erst. – Diese Auseinandersetzung können wir gerne führen. Wir können auch eine Auseinandersetzung darüber führen, wieso Sie fordern, dass im zivilrechtlichen Teil die Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit oder die Diskriminierung der Schwulen und Lesben gestrichen wird. Ich finde, gerade in Deutschland ist es richtig, dass wir unser Augenmerk besonders darauf richten, dass wir Minderheiten nicht diskriminieren, dass wir in unserem Land und darüber hinaus für Menschenrechte eintreten. Es ist richtig für die Würde unseres Landes.

Das werden die Grünen auch weiterhin durchsetzen. Wir werden durchsetzen, dass wir diese Würde behalten. Wir werden weiterhin für Menschen- und Minderheitenrechte eintreten. Gleichzeitig werden wir – darauf wird es in den nächsten Wochen ankommen – dafür sorgen, dass alle Anstrengungen unternommen werden und keine ideologischen Pflastersteine ausgelegt werden, damit neue Arbeitsplätze entstehen können, –

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Frau Kollegin Göring-Eckardt!

**Katrin Göring-Eckardt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (D)

– zum Beispiel in Zukunftstechnologien. Wir werden über „weg vom Öl“, über neue Autos in Deutschland und über nachwachsende Rohstoffe zu reden haben. All das werden wir tun; aber dabei werden wir nicht unsere Würde verlieren und wir werden auch weiterhin dafür sorgen, dass dieses Land eines ist, wo Menschenrechte eine große Rolle spielen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile das Wort dem Kollegen Michael Glos, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Michael Glos** (CDU/CSU):

Herr Kollege Müntefering, damit es nicht heißt, ich hätte jemanden diskriminiert: Soll ich Ihre Worte oder die von Gerhard Schröder zitieren in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und dem Wählen rechtsextremer Parteien? Sie haben die Wahl.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Beide!)

(A) **Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**  
Herr Kollege Glos, ich beabsichtige aber nicht, darüber einen Hammelsprung herbeizuführen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

**Michael Glos (CDU/CSU):**

Gut. – Herr Kollege Müntefering, Sie haben im November 2000 gesagt:

Manche Wähler suchen ein Ventil für Enttäuschung, Wut und Ängste. Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven, ein beschleunigter gesellschaftlicher Wandel infolge von Globalisierung und Individualisierung sowie Herausbildung der Wissens- und Informationsgesellschaft treiben der extremen Rechten Proteststimmen zu.

Der Bundeskanzler hat am 27. Mai 1998 gesagt:

Das Wiedererstarken des Rechtsextremismus liegt vor allem in der Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt und in der mangelnden Fähigkeit, mit Fremdheit umzugehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Müntefering, ich habe das nur deswegen gesagt – es geht ja heute um Arbeitslosigkeit –, weil Sie am Beginn Ihrer Rede – heute war nicht Ihr Tag; das hat man gespürt –

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(B) mit Zitaten gekommen sind, von denen Sie geglaubt haben, Sie könnten sie zur Diskriminierung der CSU brauchen. Ich bin überhaupt der Meinung, dass wir heute etwas Historisches erlebt haben, nämlich die erste Abstimmungsniederlage von Rot-Grün.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das muss den Fraktions- und Parteivorsitzenden der SPD natürlich umtreiben, genauso wie die Tatsache, dass die Umfragewerte immer schlechter werden und dass sich inzwischen offener Widerstand in der Koalition breit macht. Schily, Clement und Steinbrück sind gegen das von der Koalition beschlossene Antidiskriminierungsgesetz. Herrn Steinbrück können Sie aber nicht ruhig stellen. Er kämpft um die Verlängerung seiner Amtszeit.

Es gab auch einen wochenlangen Schlagabtausch zwischen Herrn Clement und Herrn Eichel, der vorhin noch anwesend war.

(Zurufe von der SPD: Er ist noch da!)

– Ich freue mich, dass er noch da ist. Er dreht gerade dem Plenum den Rücken zu. Das ist symptomatisch für die SPD.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie ich sehe, verlässt er jetzt den Saal.

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Er ist auf der Flucht!)

(C)

Ich befürchte nur, dass er nicht endgültig geht, sondern dass er vorher noch mehr Schaden anrichtet.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wir sind hier nicht auf dem Nockherberg!)

Damit komme ich zu Maastricht. Eichel will unsere Währung ruinieren und kaputtmachen.

(Widerspruch bei der SPD)

Er will alle Mauern, mit denen die Verschuldung gestoppt werden könnte, niederreißen. In diesem Moment ist er sicherlich auf dem Weg nach Brüssel, um diesem unseligen Tun weiter nachzugehen.

(Zuruf von der SPD: Das ist aber sehr platt!)

Es ist offenkundig, dass bei Ihnen Ratlosigkeit herrscht. Wir können jetzt darüber rätseln, welche Hälfte der Fraktion anwesend war, als Herr Müntefering geredet hat: die Hälfte, die für Herrn Robbe war, oder die Hälfte, die für seinen Gegenkandidaten war.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Immer noch auf dem Nockherberg!)

Es ist eine grausame Situation – Herr Müntefering, da haben Sie mein echtes Mitgefühl –, wenn der Vorsitzende einer Fraktion – ich habe immerhin die drittgrößte Fraktion im Deutschen Bundestag zu führen – flehent- lich darum bitten muss, noch einmal nachzudenken und einen Tag bis zur Entscheidung zu warten, aber diese Bitte mit Hinweis auf die Geschäftsordnung abgewiesen wird. Das wäre eigentlich ein weiterer Grund, Herr Müntefering, sich zu überlegen, ob Sie beiden Ämtern, dem Amt des Parteivorsitzenden und dem Amt des Fraktionsvorsitzenden, gewachsen sind.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Soll es wieder der Schröder werden?)

Wir haben heute die bedrückende Situation, dass es offiziell fast 5,3 Millionen Arbeitslose gibt. Wir haben die bedrückende Situation, dass es in Nordrhein-Westfalen 1,1 Millionen Arbeitslose gibt. Trotzdem ist der Kanzler hier nicht anwesend, weil er auf der CeBIT in Hannover anscheinend unabhkömmlich ist.

Ich erinnere mich noch sehr gut an die CeBIT vor fünf Jahren. Damals hat der Bundeskanzler mit Herrn Staudt von IBM gesprochen und dann versprochen, dass er die **Greencard** einführt, um mithilfe von ausländischen Experten den IT-Fachkräftemangel zu beheben. Es ist dann manches anders gekommen. Nicht nur die Tatsache, dass die ausländischen Experten längst wieder weg sind, ist bedrückend, sondern auch die Tatsache, dass hoch qualifizierte Arbeitsplätze aus diesem Bereich aus Deutschland verlagert werden.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ja!)

Ich könnte in diesem Zusammenhang die „Hannover-Zeitung“ zitieren.



Michael Glos

- (A) Für mich ist es doppelt bedrückend, was hier vor sich geht. Denn IBM will Rechenzentren in Hannover und in Schweinfurt schließen. In Hannover sind 250 und in Schweinfurt 330 Mitarbeiter betroffen – und das in einer Dienstleistungsbranche. Wenn ich mehr Redezeit hätte, würde ich Ihnen aus den Briefen vorlesen, die ich von betroffenen jungen Familien, die Angst um ihre Zukunft haben, bekommen habe.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was machen denn die Landesregierungen dort?)

Ich hoffe, dass der Herr Bundeskanzler die Zeit auf der CeBIT in Hannover nutzt, um nicht nur mit Herrn Staudt und anderen Führern großer amerikanischer Tochtergesellschaften Champagner zu trinken, sondern auch um diese bedrückenden Sorgen anzusprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir sprechen immer vom Wandel der Industriegesellschaft in eine **Dienstleistungsgesellschaft**. Das Bedrückende ist, dass inzwischen nicht nur die industriellen Arbeitsplätze aus Deutschland verschwinden, sondern dass auch die Dienstleistungsarbeitsplätze in einem atemberaubenden Tempo aus Deutschland verlagert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei den Punkten, bei denen die Regierung Erfolge hatte – das waren nicht allzu viele –, haben wir als konstruktive Opposition mitgeholfen. Ich nenne als Stichwort nur die **Gesundheitsreform**. Dass jetzt die Beiträge gesenkt werden können, ist der Mithilfe von Horst Seehofer zu verdanken, der Chefberater, und zwar ohne Honorar, für Frau Schmidt gewesen ist. Auch dass Hartz in Kraft treten konnte, ist einer konstruktiven Opposition zu verdanken.

(B)

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: 91 Anrufungen des Vermittlungsausschusses!)

Wir haben nicht wie Rot-Grün in der Zeit zwischen 1994 und 1998 blockiert; denn wir haben von vornherein gesagt: Wir wollen mithelfen, Deutschland wieder in Ordnung zu bringen. Wir schauen auf die Menschen und auf die Wähler. Uns hat man gewählt, weil man will, dass es vorwärts geht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Warum man die Grünen gewählt hat, weiß ich nicht. In diese Vorstellungswelt kann ich mich nur schwer hineinversetzen.

Herr Müntefering, Ihre Zitate, die Sie auf das Angebot von Frau Merkel und des bayerischen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Stoiber hin angeführt haben, fand ich sehr geschmacklos.

(Rudolf Bindig [SPD]: Sie müssen gerade von Geschmack reden!)

Es war gut, dass „Gerhard von Arabien“ aus Arabien angerufen und Sie zurückgepfiffen hat.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wie können Zitate geschmacklos sein?) (C)

– Wie die geschmacklos sein können? Sie sind geschmacklos, weil sie von Herrn Müntefering kommen, Herr Schmidt; das ist doch ganz klar.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Zitate sind Zitate!)

Sie haben gesagt, es sei menschenverachtend und was weiß ich alles, dass man sich schriftlich an den Kanzler wendet, um über die derzeitige Situation zu reden.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: „Verkommen“!)

Jetzt lese ich Ihnen das Zitat doch vor:

(Zuruf von der SPD: Das hat ja lange gedauert!)

Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit signifikant zu senken ...

(Zuruf von der SPD: Das haben wir schon einmal gehört!)

– Das haben Sie schon einmal gehört. – Hartz hat gesagt, die Arbeitslosigkeit werde binnen drei Jahren halbiert. Das war 2002; jetzt haben wir 2005. Sie aber haben es als kaltblütig und zynisch bezeichnet, dass wir mit Ihnen über einen Pakt für Arbeit reden wollen.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Moralisch verkommen, hat er gesagt!)

Sie haben gesagt, das sei moralisch verkommen. Das ist noch schlimmer. (D)

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Ich scheue mich, hier schlimme Worte zu wiederholen, die andere gesagt haben; denn ich bin dann immer als derjenige verschrien, der mit Grobheiten um sich wirft.

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Kollege Westerwelle hat zu Recht darauf hingewiesen, was **Betriebsratsvorsitzende** geschrieben haben. Sie haben den Betriebsratsvorsitzenden von Bayer zitiert. Ich könnte, wenn meine Redezeit reichen würde, den Betriebsratsvorsitzenden von Thyssen-Krupp zitieren. Dort wie in anderen DAX-Konzernen warnen Millionen organisierte Arbeitnehmer über diejenigen, die sie als Vertrauensleute gewählt haben, vor einer weiteren Regierungsbeteiligung der Grünen. Sie verlangen, dass in Nordrhein-Westfalen andere Verhältnisse entstehen.

Sie weisen in diesem Zusammenhang auf die hohen **Energiepreise** hin, die bei uns in Deutschland künstlich verteuert sind; ich brauche die entsprechenden Zahlen nicht zu nennen. Wir haben nach Italien die zweithöchsten Strompreise in Europa – und das alles in erster Linie durch staatlich verordnete Nebenkosten. Wir leisten uns „Subventionsräder“, die nicht nur die Landschaft verschandeln, sondern Strom in das Netz einspeisen können, der zum Dreifachen des Marktpreises vergütet wird. Das mag sich eine reiche Gesellschaft leisten können,

**Michael Glos**

- (A) ein Land, das im Überfluss lebt. Aber wir in Deutschland können es uns nicht leisten, die höchsten Lohnkosten durch hohe Lohnzusatzkosten und gleichzeitig die höchsten Energiekosten zu haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich meine, dass man dafür, dass sich eine Opposition bereit erklärt, darüber zu sprechen, wie wir das alles überwinden können, im Grunde dankbar sein müsste.

Herr Münterfering, ich will Ihnen zuletzt eines sagen: Sie haben kein leichtes Amt; das gebe ich zu. Sie müssen oft den Kopf für den Bundeskanzler hinhalten. Aber ganz besonders bedrückend ist es, wenn ein Partei- und Fraktionsvorsitzender aus Nordrhein-Westfalen amtiert, während Nordrhein-Westfalen nach einer viel zu langen Phase der SPD-Regierung wieder zu einer CDU-Regierung zurückkehrt. Ich glaube, Sie werden, wenn Sie das durchhalten und nicht die Nerven verlieren, auch der SPD-Parteivorsitzende sein, unter dessen Regie Rot-Grün im Bund abgewählt wird.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Für die Bundesregierung erhält nun das Wort der Parlamentarische Staatssekretär Ditmar Staffelt.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Sie haben wohl nur noch Redner dritter Wahl! – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Die erfolgreichen Berliner!)

**Dr. Ditmar Staffelt**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich für die Komplimente seitens der Opposition bedanken und darauf hinweisen, Herr Glos, dass heute zum wiederholten Male nicht Ihr Tag ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte es für absolut gerechtfertigt, dass nach den Anwürfen, die es aus Ihren Reihen in Richtung auf die sozialdemokratische Partei, auf Herrn Münterfering und Herrn Schröder, gegeben hat, bevor mit Gesprächen begonnen wird, hier Worte des Anstandes und des Ausgleiches gefunden werden. Das, so meine ich jedenfalls, gehört zum demokratischen Selbstverständnis.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Münterfering? Moralisch verkommen, das war Münterfering!)

Meine Damen und Herren, mir ist aufgefallen, dass Sie sich hier hinstellen und erklären, Sie hätten alle Erfolge dieser Regierung auf dem Felde der Wirtschaftspolitik im Wesentlichen mitgetragen. Damit meinen Sie

auch **Hartz IV**. Ich werde Ihnen sagen, was Sie praktizieren. (C)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sagen Sie es!)

Sie haben Hartz IV mit uns gemeinsam im Vermittlungsausschuss und hier, im Bundestag, beschlossen. Sie haben genau gewusst, dass durch diesen Einschnitt und durch eine andere Bewertung ab dem 1. Januar 2005 die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland statistisch ansteigen wird. Jetzt aber machen Sie sich aus dem Staube und versuchen, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Das ist das Prinzip, mit dem Sie hier aufwarten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist alles andere als die Übernahme demokratischer Verantwortung in der schwierigen wirtschaftlichen Situation, in der wir uns befinden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fände es sehr viel besser, wenn Sie hier sagten – und auch dabei helfen würden –, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Arbeitsgemeinschaften, in den Sozialämtern und in der Bundesagentur unsere Unterstützung und unsere Solidarität genießen, damit dieses Reformwerk so schnell wie möglich Wirkung zeigt und damit tatsächlich schnell vermittelt und so Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Ich muss ganz offen gestehen, Frau Merkel, dass Sie hier sehr allgemein gesprochen haben. Sie haben gesagt: Wir müssen jetzt dicke Bretter bohren. Wir brauchen eine große Kraftanstrengung.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie haben nicht zugehört!)

Wir von der CDU/CSU werden sagen, was zu tun ist. – Mein Gedächtnis

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Ist schlecht!)

ist noch relativ gut intakt. Im letzten Jahr wussten Sie sowohl in Ihrer Partei als auch in Ihrer Fraktion nicht, ob Sie nach rechts oder links gehen wollen. Wohin wollen Sie bei der Gesundheitsreform? Wohin wollen Sie bei den zentralen Fragen, die dieses Land beschäftigen? Mir wird schwindlig, wenn ich daran denke, dass Sie uns sagen wollen, wohin es gehen soll.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Trinken Sie mal ein Glas Wasser!)

– Warum das?

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Damit Ihnen nicht schwindlig wird! – Heiterkeit bei der FDP und der CDU/CSU)

– Ach so. Ich erspare mir, darauf einzugehen.

Parl. Staatssekretär Dr. Ditmar Staffelt

- (A) Ich verweise darauf, dass sich diese Bundesregierung im **Prozess der Modernisierung** dieses Landes befindet.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Na ja!)

Sie haben offensichtlich schnell vergessen – das ist ganz klassisch –, was wir in den letzten zweieinhalb Jahren auf den Weg gebracht haben. Das betrifft die steuerlichen Aspekte genauso wie unsere Offensive für den Mittelstand. Unsere Förderkulisse lässt sich heute auf europäischer Ebene als erstklassig bezeichnen. Wir haben in den Bereichen der Existenzgründungen und der Kleinunternehmerförderung sowie bei der Handwerksordnung ganz erhebliche Erfolge erzielt. Da Sie damals versucht haben, die Reform der Handwerksordnung zu blockieren, will ich zitieren, was heute als Überschrift auf der ersten Seite in der „Welt“ steht. Dort heißt es: „Gründerboom im deutschen Handwerk – Anstieg bis zu 37 Prozent unter Lockerung des Meisterzwangs“. Das sind Nachrichten, die man hier einmal verbreiten muss,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

anstatt der Schwarzrederei, es werde nichts getan. Was heißt denn „Kein Weiter so!“? Ich sage Ihnen: Wir brauchen weitere Reformschritte in der Kontinuität der ökonomischen Philosophie, die sich diese Bundesregierung zu Eigen gemacht hat. Dazu gehören – wenn ich das anmerken darf – die Ausbildungsinitiative und der Bürokratieabbau. Wir werden unsere Anstrengungen weiter verstärken. Es wird eine Jobcard geben. Wir werden uns auch noch nachhaltiger der weiteren Förderung unserer Außenwirtschaftsinitiativen widmen. All dies sind Reformbausteine.

- (B)

An einer Stelle aber sind Sie gefordert, und zwar sollten Sie endlich dafür Sorge tragen, dass durch die Streichung der **Eigenheimzulage** ein ganz gewichtiger Baustein ermöglicht werden kann, nämlich Forschung, Entwicklung und Bildung in diesem Lande zeitgemäß finanziell zu unterstützen und damit auch zu realisieren. Dies ist eine wirkliche Zukunftsaufgabe, der Sie sich bisher verschlossen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Wolfgang Zöllner [CDU/  
CSU]: Aus guten Gründen!)

– Ja, bei Ihnen bestimmt. Das weiß ich.

Zum differenzierten Bild unserer Volkswirtschaft gehören auch folgende Punkte: Wir haben moderate Lohnabschlüsse in diesem Land, eine gesteigerte Produktivität und geringe Lohnstückkosten. Im Übrigen sind – obwohl es unseren Unternehmen ja angeblich so wahnsinnig schlecht geht – höhere Gewinne und Dividendenausschüttungen der im Dax, M-Dax und Tec-Dax vertretenen und auch anderer Unternehmen zu verzeichnen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Auch das ist ein Teil der Realität in unserem Lande, die es zu bewerten gilt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg.  
Hartmut Schauerte [CDU/CSU] meldet sich zu  
einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

(C)

Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Ditmar Staffelt**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Nein. – Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel anführen. Die in ökonomischer Hinsicht sicherlich auf nicht sehr starken Füßen stehende Stadt Berlin hat eine Bilanz der IHK veröffentlicht, derzufolge es im Jahre 2004 netto 10 000 Unternehmensneugründungen in Berlin gegeben hat. Auch das ist ein Teil der Wahrheit, über die wir zu diskutieren haben.

(Beifall bei der SPD)

Das alles heißt nicht, dass wir nicht weiterarbeiten müssten und dass wir uns auf dem bis heute erreichten Stand ausruhen könnten. Wir jedenfalls werden auch weiterhin alles Mögliche tun, um **Arbeitslosigkeit** in diesem Lande abzubauen und dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen in diesem Lande einen vernünftigen politischen und gesetzlichen Rahmen vorfinden, innerhalb dessen sie global und international wettbewerbsfähig sind. Dies ist unser Ziel, von dem wir nicht abgehen. Dabei lassen wir uns schon gar nicht mit ein paar Sprüchen von Ihnen übertreffen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden entsprechende **Gespräche** führen. Der Bundeskanzler hat dies angeboten. Ich denke, das ist auch sinnvoll, und es wäre gut, wenn von Ihrer Seite konkrete Vorschläge unterbreitet würden. Kollege Müntefering hat bereits darauf verwiesen, dass vieles von dem, was Sie für den Pakt für Deutschland zu Papier gebracht haben, weiß Gott nichts Neues ist.

(D)

(Zuruf von der SPD: Ladenhüter!)

Im Übrigen äußere ich ausdrücklich Zweifel daran, dass die Realisierung dieser Punkte das ganz große wirtschaftliche Heil für unser Land bedeuten würde. Das halte ich für höchst zweifelhaft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass wir gut beraten sind, die Debatte zu versachlichen und uns mit den tatsächlichen Gegebenheiten in diesem Lande auseinander zu setzen, die schwierigen Felder, aber auch die ausgesprochenen Wachstumsfelder gegeneinander zu stellen und eine vernünftige Abwägung der möglichen weiteren Schritte gemeinsam vorzunehmen. Dazu sollte man immer bereit sein. Das ist eine Frage des kultivierten politischen Dialogs über das wirtschaftliche Szenario in einem Lande. Dazu fordere ich Sie ausdrücklich auf.

Ich denke, wir werden in diesem Land bei allen Prognosen, die es gibt, auch in der Zukunft ein Wachstum verzeichnen, das geeignet sein wird, in diesem und im nächsten Jahr Arbeitslosigkeit abzubauen. Das ist jedenfalls das Ziel, das wir entschlossen verfolgen.

Danke schön.

Parl. Staatssekretär Dr. Ditmar Staffelt

- (A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile dem Kollegen Ronald Pofalla, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Ronald Pofalla (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die höchste Massenarbeitslosigkeit in Deutschland antwortet die Bundesregierung mit einem Parlamentarischen Staatssekretär. Ratloser kann man auf die Lage in Deutschland überhaupt nicht reagieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Ein ziemlich mieses Niveau! – Weiterer Zuruf von der SPD: Wie wäre es mit etwas mehr Sachlichkeit?)

Dies ist die dritte Debatte zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland, die wir in diesem Jahr führen. Zum dritten Mal müssen Sie von Rot und Grün die höchste Arbeitslosigkeit seit Gründung unseres Landes verantworten.

(Peter Dreßen [SPD]: Sie war schon einmal noch höher, Herr Pofalla!)

Zum dritten Mal hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag keinen einzigen Vorschlag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgelegt. Die Bundesregierung ist ideenlos und perspektivlos. Sie kann nicht einmal mehr Vorschläge in den Deutschen Bundestag einbringen, wie die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland wirksam bekämpft werden kann.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben Ihnen vor fast zwei Monaten eine konstruktive Zusammenarbeit, einen Pakt für Deutschland, angeboten. Vor über einer Woche haben Angela Merkel und Edmund Stoiber dieses Angebot wiederholt. Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass der Bundeskanzler nach dieser langen Zeit endlich den Weg für gemeinsame **Gespräche** freigemacht hat. Das war überfällig. Gefreut hat mich in diesem Zusammenhang auch, dass sich der Bundeskanzler damit – entgegen der Auffassung des SPD-Vorsitzenden – für überparteiliche Gespräche ausgesprochen hat. Herr Müntefering hat diese Gespräche nicht gewollt. Es ist gut, dass sich der Bundeskanzler durchgesetzt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Klar ist: Im Rahmen dieser Gespräche müssen wir zu Ergebnissen kommen. Belanglose Kaffeerunden reichen nicht aus. Deshalb müssen bis zum kommenden Donnerstag auch Vorschläge aus dem Regierungslager vorliegen, wie es weitergehen soll. Ihr destruktives Nein zu unseren Konzepten reicht nicht aus. Das ist zu wenig. Ich sage Ihnen voraus: Nächsten Donnerstag werden wir wieder über einen Großteil der Vorschläge reden, die Sie im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit abgelehnt ha-

ben. Wie wollen Sie den Spagat, dass Sie diese Vorschläge heute ablehnen, dass Sie im Rahmen von überparteilichen Gesprächen in der nächsten Woche aber doch wieder über sie reden, vermeiden? Das müssen Sie Ihren Wählerinnen und Wählern erklären.

(Beifall bei der CDU/CSU – Franz Müntefering [SPD]: Danke für Ihre Fürsorge! Ihre Fürsorge ist unendlich!)

– Herr Müntefering, vorhin haben Sie die Senkung der Lohnnebenkosten angesprochen und die Auffassung vertreten, dass es kein Einsparpotenzial in Höhe von 1,5 Prozentpunkten gebe. Es gibt drei große Bereiche – das weiß jeder, der sich mit dem **Beitrag zur Arbeitslosenversicherung** befasst –, über die wir reden können und in denen ein solches Einsparpotenzial vorhanden ist.

Zunächst zum Aussteuerungsbetrag in Höhe von 6,7 Milliarden Euro. Er wird von all denjenigen aufgebracht, die in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Diese 6,7 Milliarden Euro werden in diesem Jahr nicht der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt, sondern sie werden direkt in den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland gebucht. Über den Aussteuerungsbetrag und seine Höhe kann und muss geredet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es gibt eine Reihe gesamtgesellschaftlicher Aufgaben, die die Bundesagentur für Arbeit wahrnimmt, die bei ihr unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten aber nichts zu suchen haben,

(Jörg Tauss [SPD]: Beispiele!)

zum Beispiel die nachschulische Bildung. Jeder hier im Hause ist der Auffassung, dass Schülerinnen und Schüler, die beispielsweise keinen Hauptschulabschluss haben, die Möglichkeit erhalten müssen, diesen zu machen. Mit der ureigenen Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit hat das aber überhaupt nichts zu tun. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von den dafür zuständigen Stellen, nicht aber von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern finanziert werden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nun zu den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Eine ganze Reihe von Maßnahmen, die sie durchführt, ist völlig wirkungslos. Wenn schon Frau Engelen-Kefer – ich hätte nie gedacht, dass ich mich auf sie berufen kann –

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Das will was heißen!)

die Auffassung vertritt, die Maßnahmen zu den Personal-Service-Agenturen und zu den Ich-AGs seien völlig wirkungslos, dann kann in diesem Haus mit allen Fraktionen über eine Streichung oder eine erhebliche Reduzierung dieser Maßnahmen gesprochen werden. Das wäre ein dritter Bereich, über den im Zusammenhang mit der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages gesprochen werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C)

(D)

Ronald Pofalla

- (A) Herr Müntefering, wir könnten mit der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um 1,5 Prozentpunkte

(Zuruf von der SPD: Herr Pofalla, woher nehmen Sie 11 Milliarden?)

150 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Das wären 150 000 Menschen, die wieder Brot und Arbeit haben, 150 000 Menschen, die wieder Steuern zahlen, und übrigens auch 150 000 Menschen, die die Bundesagentur um rund 2 Milliarden Euro entlasten

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Und nichts mehr kosten!)

und dadurch auch einen Beitrag dazu leisten, dass wir den Arbeitslosenversicherungsbeitrag jetzt und hier senken können. Helfen Sie uns dabei, 150 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen! Wehren Sie sich nicht dagegen!

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Alles Luftnummern!)

Geben Sie Ihre innere Blockade auf!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir können den **Arbeitsmarkt** flexibilisieren. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, das Jugendarbeitsschutzgesetz, das Betriebsverfassungsgesetz und das Tarifvertragsgesetz sinnvoll so zu ändern, dass wieder mehr Dynamik im Arbeitsmarkt entsteht, weil der Arbeitsmarkt völlig überreguliert ist und deshalb dereguliert werden muss. Diese Vorschläge liegen auf dem Tisch. Wir bieten Ihnen an, am nächsten Donnerstag über die gesetzliche Verankerung betrieblicher Bündnisse für Arbeit zu reden, weil wir glauben, dass in einer Situation, in der die Massenarbeitslosigkeit steigt und die Armut in Deutschland zunimmt, dieses Maßnahmenbündel jetzt umgesetzt werden muss.

(B)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den **Armutsbericht** der Bundesregierung eingehen. Dem Armutsbericht der Bundesregierung können Sie entnehmen,

(Zuruf von der SPD: Bei Ihnen gab es gar keinen!)

dass während Ihrer Regierungszeit, in den vergangenen sechs Jahren, bedingt durch steigende Arbeitslosigkeit die Armut von über 2 Millionen Menschen in Deutschland zugenommen hat. Das müsste ein Ansporn für Sie bei der Bekämpfung der Armut in Deutschland sein.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Sie haben die immer versteckt!)

Sie müssten zu Reformprozessen bereit sein, zu denen Sie bisher nicht bereit waren. Helfen Sie den Menschen, wieder in Arbeit zu kommen! Bekämpfen Sie wirksam Arbeitslosigkeit und Armut in Deutschland!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Und bekämpfen Sie nicht die Opposition!)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

(C)

Das Wort hat die Kollegin Thea Dückert, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jörg Tauss [SPD])

**Dr. Thea Dückert** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wegen der Kürze der Redezeit möchte ich nur einige Anmerkungen machen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben heute hier einen Antrag vorgelegt, ein Zehnpunkteprogramm, einen „Pakt für Deutschland“. Ich verstehe es ungeheuer gut, dass Ihre Fraktions- und Parteivorsitzende hier kein einziges Wort über diesen Antrag verloren hat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Warum hat sie darüber kein Wort verloren, meine Damen und Herren? Sie hat es nicht getan, weil in diesen zehn Punkten, die Sie vorschlagen, nichts, aber auch gar nichts enthalten ist, was tatsächlich die Beschäftigungssituation in Deutschland verbessern würde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sie haben das nicht gelesen!)

Es gibt einen einzigen Punkt in Ihrem Vorschlag, über den zu diskutieren wirklich interessant wäre, nämlich die **Senkung der Lohnnebenkosten**. Das ist das richtige Ziel und die richtige Forderung. Nur ist das, mit Verlaub, Frau Merkel und Herr Pofalla, ein leeres Versprechen; denn Sie schlagen eine Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 1,5 Prozentpunkte vor, ohne einen Vorschlag für die Gegenfinanzierung zu machen.

(D)

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das hat sie doch! Sie müssen mal zuhören!)

Das ist typisch für die Union. Es ist typisch für Sie, sich nach eigenen Forderungen vor der Verantwortung zu drücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Denn was bedeutet das, 11 Milliarden? Das ist entweder ein wirklich gigantisches Verschuldungsprogramm – und dann wagen Sie es, bei einem anderen Tagesordnungspunkt die Einhaltung der Maastricht-Kriterien einzufordern – oder aber eines der größten Programme, das wir in Deutschland je gesehen haben, mit dem Menschen, die arbeitslos waren und zum Beispiel über Existenzhilfen jetzt Arbeit gefunden haben, oder Menschen, die arbeitslos sind und heute in Qualifizierungsmaßnahmen sind, Hilfestellungen angeboten werden. Der Vorschlag, diese Maßnahmen zu streichen, ist gigantisch. Es betrifft Hunderttausende, die heute Hilfestellung bekommen – aus der Arbeitslosenversicherung, in die sie selber eingezahlt haben. Diese Menschen, Herr Pofalla, haben ein Recht auf Unterstützung, auf Hilfestellung dabei,

**Dr. Thea Dückert**

- (A) wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen. Ich finde es angesichts 5,2 Millionen Arbeitsloser zynisch, eine Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung vorzuschlagen, um angeblich 150 000 Arbeitsplätze zu sichern bzw. zu schaffen. Denn damit müssten gleichzeitig Hunderttausenden, die am Rande ihrer Existenz außerhalb des Arbeitsmarktes stehen, die Maßnahmen gestrichen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sie haben wieder nicht aufgepasst, Frau Dückert!)

**Jugendliche** verlassen heute die Schule und wollen auf den Arbeitsmarkt, Jugendliche, die von unseren Schulen – und das ist Ländersache, darauf möchte ich hier auch einmal hinweisen – zum größten Teil mit Schulabschlüssen entlassen werden, die ihnen nicht helfen, sodass sie nachqualifiziert werden müssen. Wir müssen uns um diese Jugendlichen kümmern. Es hilft nichts, Herr Hinsken, dass Sie darauf verweisen, das sei nicht die Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit; das ist noch kein Finanzierungsvorschlag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben mit Hartz IV den Kommunen und den Arbeitsagenturen vor Ort die Instrumente und die Mittel zur Verfügung gestellt, sich um diese Jugendlichen zu kümmern. Wir wollen, dass das gemacht wird, und wir wehren uns dagegen, Herr Pofalla, dass Sie hier Finanzierungsvorschläge machen, die genau diese Hilfestellung für die Jugendlichen unmöglich machen.

(B)

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen, Frau Merkel.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Das muss jetzt aber wirklich sehr knapp sein.

**Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ganz knapp, ich komme zum Schluss. – Natürlich müssen wir über weitere Maßnahmen reden; das ist völlig klar. Aber dann reden Sie doch bitte schön auch darüber, welche Hilfestellungen Sie verhindert haben. Ich meine beispielsweise den **Zuverdienst**. Was Sie dazu im Vermittlungsausschuss durchgesetzt haben, ist ein Skandal. Und dann machen Sie sich hier einen schlanken Fuß und sprechen es hier nie an. Natürlich brauchen wir bessere Zuverdienstmöglichkeiten. Ich hoffe, Sie stellen sich der Realität und zeigen mehr Ehrlichkeit; dann kann man über Ihre Vorschläge reden.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat nun die Kollegin Petra Pau.

**Petra Pau (fraktionslos):**

(C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr als 5 Millionen Frauen und Männer sind arbeitslos. Betroffen sind davon noch viel mehr: Kinder wachsen arm auf, Erwachsene werden entwertet, Ältere abgeschrieben. Das ist Alltag in einem der reichsten Länder der Welt, erlebbar in Ost und West. Das darf man nicht länger aussitzen, mahnt die CDU-Vorsitzende, Frau Merkel. So weit stimmt die PDS im Bundestag mit der CDU sogar überein: Das darf man wirklich nicht länger aussitzen. Wir brauchen tief greifende Reformen in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt, bei den Sozialsystemen, bei Abgaben und Steuern. Die meisten Bürgerinnen und Bürger sehen das übrigens ebenso. Sie wundern und ärgern sich nur, dass es ihnen nach jeder dieser Reformen schlechter geht. Damit komme ich zur CDU/CSU zurück: Ob man sich bewegt, ist das eine – wohin man sich bewegt, das ist das Entscheidende.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Da sage ich mit Blick auf Ihren „Pakt für Deutschland“: Die Richtung ist falsch, und wer in die falsche Richtung rast, der wird zum Geisterfahrer und damit zu einer Gefahr für die Allgemeinheit.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wir brauchen keinen „Pakt für Deutschland“, jedenfalls keinen, wie ihn CDU und CSU vorschlagen: Alle Elemente, die Sie vorschlugen, wurden bereits getestet und haben in der Praxis versagt.

(D)

Was wir brauchen, ist ein neuer **Gesellschaftsvertrag**, ein Gesellschaftsvertrag, der unter neuen Bedingungen trägt: sozial, solidarisch und aktiv. Schauen Sie sich doch die Belege und Zahlen an: Unser Land ist nicht arm – es ist sogar reich. Arm sind allerdings wachsende Teile der Bevölkerung, und das ist ein zunehmender Widerspruch. Unser Land ist auch nicht schwach – wir sind Exportweltmeister. Schwach ist allerdings der Binnenmarkt; das ist der zweite Widerspruch. Und unser Land ist auch nicht krank – es ist agil und dynamisch. Schwach sind allerdings die Sozialsysteme; das ist der dritte Widerspruch. Auf all diese tatsächlich vorhandenen Widersprüche geben Sie mit Ihrem „Pakt für Deutschland“ keine Antworten. Im Gegenteil: Sie verschärfen sie noch.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wir, die PDS im Bundestag, wollen etwas anderes. Wir wollen den Sozialstaat und den Solidargedanken auf neue Füße stellen, auf Füße, die dem 21. Jahrhundert gemäß sind. Das ist der Sinn eines neuen Gesellschaftsvertrages und deshalb werben wir für eine **Agenda Sozial**.

Es ist richtig: Jede Zeit birgt Chancen und Risiken. Das ist ein Allgemeinplatz, der auch heute hier mehrfach wiederholt wurde. Konkret wird es, wenn wir nach der Verteilung der Chancen und Risiken in der Gesellschaft fragen. Da zeigt sich der Unterschied: Sie wollen die Chancen privatisieren und die Risiken vergesellschaften.

**Petra Pau**

- (A) Deshalb verteilen Sie Steuergeschenke an die Wohlhabenden und Soziallasten weiterhin an die Armen. Wir halten es da viel mehr mit der Bibel als die Christlich Soziale Union, wir stehen nämlich zu dem Solidargebot, einer trage des anderen Last.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Auch deshalb sind wir für einen neuen Gesellschaftsvertrag und gegen einen Pakt für Deutschland.

Der Pakt für Deutschland von CDU/CSU ist ein Zehnpunkteplan. Wir kennen ihn alle. Wir haben ihn im Bundestag schon einmal debattiert und aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Neu ist lediglich, dass Sie diesen Pakt für Deutschland öffentlichkeitswirksam als Werbebrief an das Bundeskanzleramt schicken. Frau Merkel, ich habe zwei Vermutungen, weshalb Sie das tun: erstens, weil in Nordrhein-Westfalen gewählt wird und die CDU dringend Werbung braucht, und zweitens, weil Sie vielleicht einen Nebenjob bei der Post AG haben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Manfred Grund [CDU/CSU]: Tärä, tärä, tärä!)

Nun haben Bundeskanzler Schröder und später auch die SPD und die Grünen signalisiert, sie seien gesprächsbereit. In der nächsten Woche wird es ein Gipfeltreffen geben. Ich finde das gar nicht so widersprüchlich, wie manche das in der öffentlichen Kommentierung zum Ausdruck gebracht haben; denn mit dem Pakt für Deutschland widerspricht die CDU/CSU der **Agenda 2010** des Kanzlers nicht. Im Gegenteil: Die Agenda wird durch den Pakt nur ergänzt.

(B)

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Mit der Agenda, insbesondere mit Hartz IV, wurden die Arbeitslosen zur Kasse gebeten und den Pakt für Deutschland werden jene bezahlen, die im Moment noch Arbeit haben. Die Wirkung der beiden Konzepte ist allerdings dieselbe: Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer, der Sozialstaat verarmt weiter und der Binnenmarkt lahm.

Deshalb wiederhole ich: Das sind keine Reformen, das sind Teufelskreise. Diese müssen aktiv durchbrochen werden. Dazu brauchen wir ein klares gesellschaftliches Leitbild und verlässliche Vereinbarungen. Deshalb plädiere ich für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Er ist nicht aus dem Ärmel zu schütteln, wenn sich aber Vernünftige von Links, der Mitte und anderswo zusammentun, dann wird es sich schon lohnen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Ludwig Stiegler für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Ludwig Stiegler (SPD):**

(C)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Während der Ölpreiskrise im Jahre 1974 gab es in Deutschland auch eine Auseinandersetzung um Wirtschaft und Beschäftigung. Franz Josef Strauß hat seinen CSU-Freunden damals den Rat gegeben, sich nicht mit den nüchternen Fragen – all das verursache nicht die Wahlergebnisse von Morgen –, sondern mit der Emotionalisierung der Bevölkerung, nämlich der Furcht, der Angst und dem düsteren Zukunftsbild sowohl innen- als auch außenpolitischer Art, zu befassen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Wenn er Ihre Politik sieht, dreht er sich im Grabe um!)

Er hat Ihnen dann auch gesagt, dass Sie die Auseinandersetzung nur im Grundsätzlichen führen sollen. Zur Taktik sagte er, man müsse nur anklagen und warten, aber man dürfe keine konkreten Rezepte nennen. Das ist das Sonthofener Programm der Opposition.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Deshalb hat Michael Glos als alter Straußschüler

(Lachen des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

außer Stänkereien nichts von sich gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ihr Wahlprogramm und Ihren Pakt für Deutschland hat er verschwiegen. Das, was Sie als Drucksache vorgelegt haben, ist nur ein Aufguss. Sie wissen genau: Wenn die Menschen erfahren, was Ihr Paket enthält, dann werden sie die Annahme verweigern.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nein, Sie wollen desinformieren und stehen mit der Wahrhaftigkeit auf Kriegsfuß. Wer sich hier hinstellt und erklärt, wir hätten heute die höchste **Arbeitslosigkeit** in der deutschen Nachkriegsgeschichte, der kennt die Zahlen von 1996, 1997 und 1998 nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe Ihnen die Quelle. Lassen Sie sich vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung die Berechnungen der stillen Reserve geben. Frau Merkel, ich gebe zu, dass man Ihnen das vielleicht nicht gesagt hat, sodass Sie mit diesem Eindruck vordergründig arbeiten können.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Oh!)

Wenn Sie aber jetzt, da Sie die Quelle kennen, trotzdem weiterhin die Unwahrheit sagen, werde ich Sie der Lüge bezichtigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Die Wahrheit ist: Wenn wir 1997 und 1998 so gezählt hätten wie heute, dann hätten die Zahlen weit über denen von heute gelegen. Ich erinnere auch an die Wahlkampf-ABM von 1998, mit denen bis zum 31. Oktober

Ludwig Stiegler

- (A) – danach war Schluss – über 800 000 Menschen beschäftigt wurden. Wer jetzt nur anklagt, der heuchelt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Da spricht der Chef der Opposition von morgen!)

Sie wollen im Trüben fischen. Sie wollen nach Strauß ein Krisenbewusstsein schaffen. Ich sage Ihnen: Wenn wir der CDU/CSU gefolgt wären und die Hartz-IV-Reformen erst zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft gesetzt hätten, hätte heute keiner Anlass, die Menschen in Furcht und Angst zu versetzen. Vielmehr würden wir über saisonale Arbeitslosigkeit reden. Sie sollen den Menschen nicht Angst, sondern Mut machen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kehren Sie zur Wahrhaftigkeit zurück! Wir waren diejenigen, die zusammen mit Ihnen die Größe der Aufgabe statistisch ans Tageslicht geholt haben. Wir werden uns jetzt an dieser Aufgabe abarbeiten. Es gibt keinen Grund, der Bevölkerung den Mut zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Eine schöne freudsche Leistung: abarbeiten!)

– Die FDP darf nicht einmal mehr mitreden. Herr Westerwelle, wozu sind Sie eigentlich da?

- (B) (Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Westerwelle, nicht einmal die CDU/CSU nimmt Sie mit ins Boot. Frau Merkel hat so ihre Probleme mit den Männern: Seehofer weg, Schäuble weg, Meyer weg und jetzt auch Westerwelle weg. Auch er darf nicht. Meine Güte, sagen Sie mir, wo die Männer geblieben sind!

(Beifall bei der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wo sind denn Ihre Männer auf der Regierungsbank? – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Wo sind die Männer?)

– Es ist klar, dass wieder die rheinischen Knaben rufen. Das hat auch mit Herrn Stoiber zu tun.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Dem Schröder sind die Frauen abgehauen! – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Alle Minister weg! – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Alle Männer sind weg!)

Wir haben uns mit Ihrem so genannten Pakt auseinander zu setzen, den Sie sich kaum vorzutragen trauen. Sie wollen schließlich nur allgemein Stimmung machen. Wir weisen darauf hin – ich will nicht alles wiederholen –, dass Sie zum Beispiel den betrieblichen Gesundheitsschutz schleifen und damit die Kosten der Berufsgenossenschaft für die Gesundheit erhöhen wollen. Ihr Versuch, den betrieblichen Gesundheitsschutz abzuschaffen, den Jugendarbeitsschutz zu schleifen und die Tagesar-

beitszeit bis auf 14 Stunden zu erhöhen, treibt die Lohnnebenkosten in die Höhe, statt sie zu senken. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer wie Sie in diesen Zeiten den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Kraft der Betriebsräte und der Gewerkschaften nehmen will, der macht in Zeiten des Wandels die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Freiwild. Die brauchen starke Gewerkschaften und starke Betriebsräte, damit sie sich behaupten können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kein Wort von Ihnen zu den **DAX-Unternehmen**, die fette Gewinne einstreichen, Investitionen kürzen und Entlassungen ankündigen. Früher hieß es, die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen. Dann schreiben Sie Herrn Ackermann hinter die Ohren, dass die Arbeitsplätze von morgen auch geschaffen werden und nicht eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent auf Kosten der Menschen als Beute eingesteckt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt für alle DAX-Unternehmen. Soziale Marktwirtschaft heißt: Eigentum verpflichtet. Es soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Wer glaubt, Unternehmen seien nur Geldvermehrungsmaschinen für die Eigentümer, der versündigt sich an unserer gesellschaftlichen Ordnung. Da wäre Ihr Einsatz gefragt, meine Damen und Herren von der Opposition. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Was sagt der Genosse der Bosse?)

Wer wie Herr Ackermann eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent will, der verabschiedet sich von der Mittelstandsförderung. 1 Million Mittelständler würden gerne investieren, wenn die Banken nicht mehr Angst als Vaterlands- und Arbeitsplatzliebe hätten. So schaut die Realität aus. Wo kämpfen Sie, meine Damen und Herren? Wo bleiben Sie?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie nicken hier höflich. Wer von Ihnen setzt sich mit den Banken auseinander? Die Mittelständler brauchen Hilfe, nicht allgemeine Sprüche über Lohnnebenkosten und anderes.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie glauben das auch noch alles!)

Zum Stichwort **Lohnnebenkosten** ist zu sagen, dass Frau Merkel und auch Herr Pofalla unter die Voodooökonomien gegangen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es gibt eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Der Strauß dreht sich im Grabe um!)



Ludwig Stiegler

- (A) Es hat festgestellt, dass Ihre falsche Finanzierung der deutschen Einheit die Lohnnebenkosten auf diese Höhe getrieben hat. Das waren Sie von Schwarz und Blau-Gelb.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In dem Zusammenhang hat das Institut gesagt, 150 000 Arbeitsplätze seien pro Beitragspunkt verloren gegangen. Wer glaubt, 1 Prozentpunkt weniger würde zu einer Beschäftigungsexplosion führen, der muss einen festen Irrglauben haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das Gegenteil ist der Fall, Herr Pofalla. Wir brauchen das Geld für die Bundesagentur für Arbeit,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Gnade!)

damit wir uns um die Jugendlichen kümmern können, die uns die Kultusminister als nicht Ausbildungsfähige vor die Tür stellen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Guido  
Westerwelle [FDP]: Gnade!)

Den Kultusministern wäre eine **Aussteuerungsabgabe** aufzuerlegen. Von den Jugendlichen haben 10 Prozent eines Jahrgangs keine Ausbildung. Die müssen wir finanzieren. Deshalb braucht die Bundesagentur für Arbeit das Geld. Ihre Forderungen würden den Tod für viele dieser Maßnahmen bedeuten und den Menschen den Eintritt in den Arbeitsmarkt verwehren.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Dr. Guido Westerwelle  
[FDP]: Es ist doch nicht Aschermittwoch!)

Sie wollen eine Sanierung auf Kosten des Bundeshaushalts. Sie sind entweder abgefeimt oder schizophr.

(Heiterkeit bei der SPD)

Einerseits sagen Sie, der Haushalt sei unsolid und könne keine Schulden mehr vertragen, auf der anderen Seite sagen Sie, Eichel solle schlankweg 6 Milliarden Euro lockermachen. So geht es nicht. Sie müssen sich schon einigen, wohin Sie wollen. Wenn Sie mit uns etwas erreichen wollen, dann kämpfen Sie mit uns gemeinsam dafür, dass wir Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit durchsetzen. Gehen Sie auf die Arbeitsgemeinschaften vor Ort zu! Machen Sie Ihren Kommunalpolitikern Beine!

Die sind jetzt mitverantwortlich. Die müssen endlich etwas tun, um mit den Milliarden, die wir zur Verfügung gestellt haben, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/  
CSU – Dr. Guido Westerwelle [FDP]:  
Gnade! – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Keine  
Alternative zu unserem Pakt!)

Sie wollten doch die **Beteiligung der Kommunen**. (C)  
Wenn der Mund gespitzt wird, dann muss auch gepfiffen werden. Es ist ein Skandal, dass 6,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen und nur ein Bruchteil dessen abgerufen und in Maßnahmen umgesetzt worden ist. Ran an die Arbeit, statt hier so komische Anträge zu stellen, die die Arbeitnehmer zum Freiwild machen würden!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer sich mit Ihren Vorschlägen auseinander setzt, weiß, warum Sie so wenig konkret werden. Sie wollen nur Schau, Sie wollen nur anklagen, Sie wollen nur auf einer Wahlkampfwelle reiten und nicht einmal Ihren potenziellen Koalitionspartner lassen Sie mitreiten. Der arme Kerl ist vom Pferd gefallen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Frau Merkel, Sie sollten ihm wenigstens den Verbandskasten geben und ein Gespräch ermöglichen, damit er Ihnen vorher sagen kann, welche Sorgen er denn hat. Ohne Westerwelle – das muss ich Ihnen schon sagen – wäre dieses geplante Gespräch sehr arm.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Finde ich auch!  
Bravo! – Michael Glos [CDU/CSU]: Der be-  
rühmte Stiegler auf dem Nockherberg!)

Also: Lassen Sie uns die Arbeit tun, die jetzt ansteht, nämlich das Instrumentarium der Agentur für Arbeit nutzen! Lassen Sie uns dafür kämpfen, dass der Mittelstand die Kredite für die Finanzierung bekommt! Lassen Sie uns den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesen Zeiten des Wandels starke Gewerkschaften sowie starke Betriebsrätinnen und Betriebsräte an die Seite stellen! (D)

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit auf Drucksache 15/4986 zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „Pakt für Deutschland“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/4831 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Die Beschlussempfehlung ist mit der Mehrheit der Koalition angenommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit auf Drucksache 15/4985 zum Antrag der FDP-Fraktion mit dem Titel „Wider die Vertrauenskrise – Für eine konsistente und konstante Wirtschaftspolitik“. Der Ausschuss empfiehlt,

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert

- (A) den Antrag auf Drucksache 15/1589 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Auch diese Beschlussempfehlung ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Zusatzpunkt 4. Es wird interfraktionell die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/5019 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Ich nehme an, dass Sie damit einverstanden sind. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 22 a bis 22 f sowie den Zusatzpunkt 5 auf:

- 22 a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Dritten Gesetzes zur Änderung des Sprengstoffgesetzes und anderer Vorschriften (3. SprengÄndG)**

– Drucksache 15/5002 –

Überweisungsvorschlag:  
Innenausschuss (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

- b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 betreffend den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (Prospektrichtlinie-Umsetzungsgesetz)**

– Drucksache 15/4999 –

Überweisungsvorschlag:  
Finanzausschuss (f)  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Kauch, Daniel Bahr (Münster), Detlef Parr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Nachhaltige Entwicklung im demographischen Wandel fördern – Potenziale des Alters nutzen**

– Drucksache 15/3538 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (f)  
Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Cornelia Pieper, Ulrike Flach, Hellmut Königshaus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Implementierung eines wirksamen Tsunami-Frühwarnsystems für den Indischen Ozean unter Einbeziehung des deutschen Forschungsnetzwerkes**

– Drucksache 15/4854 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (C)  
Ausschuss für Tourismus

- e) Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes**

– Drucksache 15/4115 –

Überweisungsvorschlag:  
Innenausschuss (f)  
Rechtsausschuss  
Verteidigungsausschuss

- f) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Max Stadler, Rainer Funke, Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Für ein modernes Berufsbeamtentum**

– Drucksache 15/4560 –

Überweisungsvorschlag:  
Innenausschuss (f)  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

- ZP 5 Beratung des Antrags der Abgeordneten Ina Lenke, Dr. Karl Addicks, Dr. Heinrich L. Kolb, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Schwangerschaftsabbruch nach Pränataldiagnostik – Verantwortungsvolle Regelungen und Maßnahmen treffen**

– Drucksache 15/5034 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung  
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

- (B) (D)

Es handelt sich um Überweisungen im vereinfachten Verfahren ohne Debatte.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 23 a bis 23 c. Es handelt sich um die Beschlussbefassung zu Vorlagen, zu denen keine Aussprache vorgesehen ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 a auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Ersten Gesetzes zur Änderung des Öko-Landbaugesetzes**

– Drucksache 15/4735 –

(Erste Beratung 157. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

– Drucksache 15/4951 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Gustav Herzog